

# Volkstimme

Sozialdemokratisches Organ für den Regierungsbezirk Magdeburg.

Die „Volkstimme“ erscheint täglich abends (mit Ausnahme der Sonn- und Festtage) mit dem Datum des folgenden Tages. — Verantwortlicher Redakteur: Ernst Wittmann, Magdeburg. — Druck und Verlag von W. Paanisch & Co., Magdeburg, Große Mühlstraße 3. — Fernsprechnummer: Für Anzeigebestellung 1567, für die Redaktion 1794, für den Verlag und die Druckerei 961. — Zeitungspreis: 416.

Bezugspreis: Vierteljährlich einisch, Zustellungspreis 2,25 M., monatlich 80 Pf. Beim Abholen von der Expedition und den Ausgabestellen vierteljährlich 2 M., monatlich 70 Pf. Bei den Postämtern 2,25 M., ohne Beleggeld. Einzelne Nummern 10 Pf. — Invertragsgebühren: die gewöhnliche Kolonelleiste 20 Pf., Anzeigebestellung 30 Pf., in Restamertell 10 Pf. — Wochenspenden: 20 Pf. Berlin. — Einwaiger Rabatt kann verweigert werden, wenn nicht binnen 4 Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt.

Nr. 89.

Magdeburg, Mittwoch den 18. April 1917.

28. Jahrgang.

## Durchbruchschlacht.

Nun haben auch die Franzosen ihre Infanteriemassen vorgetrieben. Am Montag morgen hat der Angriff auf der Linie Soissons — Reims begonnen, nachdem vorher ein zehntägiges Trommelfeuern auf die deutschen Linien gelegt worden war.

Auf vierzig Kilometer Breite rennen die Franzosen, auf zwanzig Kilometer von Arras bis Lens die Engländer gegen die Deutschen an; auf hundertundzwanzig Kilometer zwischen Arras und Soissons toben die Kämpfe, die der deutsche Rückzug im Gefolge gehabt hat, und die in den letzten Tagen nicht von der Stelle gekommen sind. Insgesamt hat sich also auf 180 Kilometer Breite die

### große Durchbruchschlacht entwickelt,

die die Gegner ihren Völkern seit einem halben Jahre als die siegreiche Entscheidung in Aussicht gestellt haben.

Sie beginnt anders, wie sich die Heeresleitungen der Westmächte den gewaltigen Vorstoß gedacht hatten. Der Angriff der Engländer, der mit seiner artilleristischen Vorbereitung am 3. April begann, und am 11. April zur Infanterieaktion gedieh, und das jetzige Eintreten der Franzosen in die blutige Arena decken zum Greifen deutlich die Winterpläne der Entente auf. Die fünfmonatige Schlacht an der Somme sollte um ein Mehrfaches überboten werden, was im Vorjahr auf 40 Kilometer Breite nicht gelungen war, sollte in diesem Frühjahr und Sommer auf 180 Kilometer mit vermehrtem Material und verstärkten Menschenmassen wiederholt werden. Die Durchbruchschlacht sollte von südlich Lille in weitem Bogen über Arras, Bapaume, Béronne, Royon, Rons, Soissons bis Reims die große Heberlegenheit der Gegner an Kriegsmaschinen, Munition und Streitern voll zur Geltung und dadurch zum Erfolg bringen.

Mit strategischen Ideen haben sich die gegnerischen Heeresleitungen nicht belastet. Sie blieben in der kaffrischen Schablone des Abnutzung- und Materialkriegs; sie verharren bei der Wertföschung der nackten Zahl; sie machten die Probleme der Kriegführung zu Aufgaben der Arithmetik. Wir haben ein Mehrfaches an Geschützen, an Sprengladungen, an Kämpfern. Werfen wir das alles auf verbreiteter Front den Feinden entgegen mit voller Wucht, mit aller Anspannung, mit ganzer Kraft, so muß uns schließlich im Jahre 1917 gelingen, was uns 1915 nicht im Artois und in der Champagne, 1916 nicht in der Picardie geglückt ist.

Es wäre möglich gewesen, daß diesmal die brutale nüchterne Rechnung geklappt hätte. Der deutsche vorprägnende Bogen um Royon und Rons herum barg bei dem ungeheuren mechanischen Material der Gegner keine großen Gefahren. Da erfolgte im Februar und März der

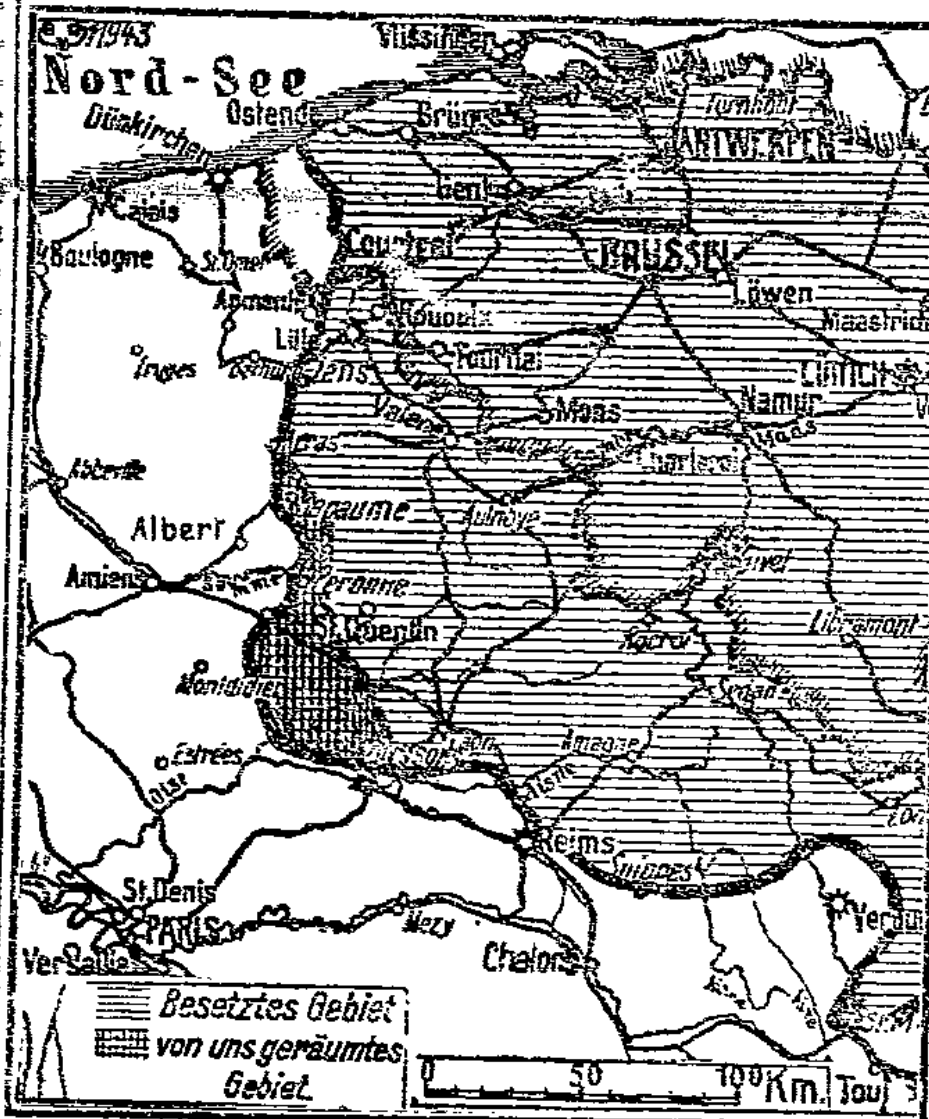
### deutsche Gegenzug

der Räumung des Bogens und des Rückzugs auf die Schue. Auch der Laie erkennt heute deutlich die verwirrende Folge dieser Maßnahme. Das 120 Kilometer breite Zentrum der geplanten Durchbruchschlacht gewann mit einem Schlage ein anderes Gesicht. Anstatt die Tausende ihrer modernsten schweren Geschütze zur Vorbereitung der Schlacht spielen lassen zu können, mußten Engländer und Franzosen auf verwüstetem Gelände erst Ruinspeldämme bauen, um ihre leichtesten Geschütze nachzuziehen, mußten sie ihre Infanteriemassen umgruppieren, um dem Gegner zu folgen und die verlorne Berührung mit ihm wiederherzustellen. Immer unter schweren Verlusten, und immer bedroht von den deutschen Nachhatern, die je nach der tatsächlichen Gehaltung da und dort örtlich offensiv vorzudringen, und das mühsam Erreichte wieder gefährdeten.

Es rief lähmende Ungewißheit in die führenden Stäbe der Gegner. Sie ist heute noch nicht überwunden. Es ist ihnen bis heute noch nicht gelungen, die neuen deutschen Stellungen voll auszukundschaffen, und danach ihre Maßnahmen im Zentrum zu treffen. Wollten sie warten, bis diese wichtige und eigentlich unerlässliche Aufgabe geglückt war, so gingen weiter noch kostbare Wochen ungenutzt ins Land. Diese Zeitverschwendung wickeln sie sich bei der Stimmung ihrer Völker und bei der Wandlung im Osten nicht leisten zu können. Sie entschlossen sich daher, auf denjenigen Zeilen der Durchbruchfront, die die Deutschen ihnen intakt gelassen, den Angriff auszuführen. Sie drängten sich vor-

gedrungen dem Befehl, das die deutsche Heeresleitung ihnen mit der Räumung zwischen Somme und Aisne anferlegt hatte.

Die Engländer begannen den Kampf zwischen Arras und Lens. Sie ließen acht Tage lang ihre Maschinen wüten, und hatten danach am ersten Tage des Infanterieangriffs östlich Arras einen Erfolg. Sie drangen über die eingezeichneten deutschen Linien um vier bis fünf Kilometer vor. Aber danach stakte schon der Vormarsch; er ist an dieser Stelle bis heute noch nicht wesentlich weiter gekommen. Auf dem linken englischen Flügel hat sich erst vorgestern ein Geländegewinn eingestellt. Die Deutschen haben westlich und südwestlich von Lens einen gefährdeten Streifen geräumt, und dadurch der englischen Heeresleitung Gelegenheit gegeben, von „eroberten“ Dörfern und Wäldern reden zu können. Aber von einem Durchbruch, dem wirklichen Ziel, sind die Engländer heute so weit entfernt wie zu Beginn der Infanterievorstöße.



### Nunmehr haben auch die Franzosen begonnen,

ihre winterlichen Vorbereitungen in die kriegerische Tat umzusetzen. Auch sie natürlich nur auf demjenigen Frontteil, der ihnen von den Deutschen unberührt gelassen worden ist: von nördlich Soissons bis Reims. Nach einem Eisenhagel, der ununterbrochen zehn Tage und Nächte anhält, sind die Infanteriemassen am Montag früh aus ihren Gräben gerückt und haben versucht, sich vorzuarbeiten. Die deutsche Heeresleitung macht davon Mitteilung im letzten Tagesbericht, der gestern nur einem Teil unserer Auflage einberleibt werden konnte und der deshalb heute wiederholt sei:

### Westlicher Kriegsschauplatz.

#### Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht

Auf dem Nordufer der Scarpe steht unser Vernichtungsgewehr englische Angriffswellen nieder, so daß der Sturm nicht zur Durchführung kam.

Auch nördlich von Croisilles brachte unter Feuer einen starken Angriff der Engländer verlustreich zum Scheitern. Nördlich der Straße Arras — Cambrai warf ein Serbischer Truppen den Feind auf Saignicourt und Sourches zurück. In den blutigen Verlusten der dort stehenden Infanterie kam die Einbuße von 175 Gefangenen und 15 Maschinengewehren, die eingebracht, sowie von 22 Geschützen, die gesammelt und durch Sprengung unbrauchbar gemacht wurden. Sei St. Quentin nahm das Artilleriefuerr wieder zu.

#### Heeresgruppe Kronprinz.

Zwischen Lille und Aisne sind gestern durch starkes Feuer vorbereitete Angriffe der Franzosen bei Parguillon und Chavres gescheitert.

Von Soissons bis Reims und im Weiteil der Champagne hat der Feuerkampf bei starkem Einsatz der Artillerie und Minenwerfer angehalten.

Nach Scheitern feindlicher Erkundungsvorstöße am 15. April ist heute morgen in breiten Abschnitten die Infanterieschlacht entbrannt.

### Heeresgruppe Herzog Albrecht.

In der Lothringer Ebene und der burgundischen Pierte blieben Unternehmungen französischer Sturmtruppen gegen unsere Stellungen ohne jeden Erfolg.

NB. Ein einheitlicher Angriff feindlicher Flieger gegen unsere Besselballons längs der Aisne war ergebnislos.

Die Gegner haben zwischen Soissons und Verdun gestern 11 Flugzeuge verloren, deren Mehrzahl Maschinen neuester Bauart (Spads) sind.

### Ostlicher Kriegsschauplatz.

Im allgemeinen geringe Gefechtsstätigkeit. Nur an der Bahn Nowel — Luzk verfeuerte die russische Artillerie etwa 10 000 Schuß gegen unsere Stellungen; vorbringende Streifabteilungen wurden abgewiesen.

### Ragedonische Front:

Keine besonderen Ereignisse.

Im Abendbericht vom Montag heißt es über die begonnene Schlacht: „Bei Arras geringe Gefechtsstätigkeit. An der Aisne hat der große französische Durchbruchstoß mit weitgestecktem Ziele nach zehntägigem Massenfeuer begonnen. Auf der 40 Kilometer breiten Angriffsfrent ist der erhaltene Kampf um unsere vorderste Stellung im Gange.“ Über die Ereignisse des Tages sagt die kurze abendliche Orientierung noch nichts. Erst der heutige Bericht wird darüber Angaben enthalten. Soweit sie auch heute erst möglich sind. Denn die Schlachten des Weltkriegs dauern ja nicht Stunden und Tage, sondern Wochen und Monate.

Es ist sehr wohl möglich, daß auch die Franzosen am ersten Tage wie die Engländer bei Arras am 11. April einen Geländegewinn verkünden können. Das wäre nur die Folge des Materialaufwandes, der in den letzten zehn Tagen gegen die deutschen Gräben eingesetzt worden ist. Das würde aber für das weitgesteckte Ziel der Angreifer, nämlich den Durchbruch auf 40 Kilometer Front, nichts befragen.

An der Scarpe, an der Somme, der Dije wie der Aisne stehen die Deutschen somit in der Verteidigung. Von den deutschen Plänen, die ja zweifellos vorhanden, tritt noch nirgends etwas in die Erscheinung. Daß etwa die englischen und französischen Offensiven sie gemodelt oder über den Haufen geworfen, nehmen wir nicht an. Wir meinen vielmehr, daß mit dem, was jetzt geschieht, die deutsche Heeresleitung in jenen bedeutungsvollen Stunden des Winters gerechnet hat, als die Räumung des Bogens beschloffen wurde. Es muß erst manches geschehen, bis die deutschen Pläne reif werden zur Ausführung. Ein Strategie muß seine Stunde abwarten können.

Vorläufig stehen die Gegner im Westen immer noch unter dem deutschen strategischen Gebot. Die machtvollen Offensiven dieser Tage und Wochen haben den Zweck, sich aus der Sackgasse zu befreien und die volle Handlungsfreiheit zurückzugewinnen.

Die Engländer und Franzosen haben keine Zeit zu verlieren, denn im Osten gehen die Dinge wahrlich nicht nach ihrem Wunsch. Auf eine Entlastungsoffensive der Russen können sie nicht mehr zählen. Auch Cadorna weiß ganz genau, weshalb er sich ruhig verhalten muß. Auch von Italien ist keine Erleichterung zu erwarten.

So beginnt die Durchbruchschlacht im Westen für die Gegner unter ungünstigen Sternen. Ihre Nachhater und Heeresleitungen hatten auf eine ganz andre Konstellation gerechnet, als sie ihre Rechnung anstellten und ihre Vorbereitungen trafen. Was höchst selten und dann nur recht vorübergehend in der Kriegsgeschichte eingetreten ist, trifft im Westen schon für eine wochenlange Dauer zu: die Angegriffenen halten die strategischen Trümmer in der Hand. —



# Streikfundgebung in Berlin.

Unser Berliner Mitarbeiter schreibt uns:  
Seit längerer Zeit wußte man, daß ein Teil der Berliner Arbeiter beabsichtigte, am 16. April, dem Tage, an dem die neue Regelung der Volksernährung in Kraft trat, einen eintägigen Proteststreik zu veranstalten. Dieser Streik hat nun stattgefunden. Er hat sich auf einen nicht unerheblichen Teil der Berliner Industrie erstreckt. Versammlungen und kleinere Umzüge, die veranstaltet wurden, verliefen ordentlich und friedlich. Bis zur Stunde, in der diese Zeilen geschrieben werden, ist nichts eingetreten, was die Befürchtungen, die von dieser Seite an diesen Tag geknüpft wurden, gerechtfertigt hätte.

Man darf also hoffen, daß die Kundgebung als Ausdruck der in der Bevölkerung herrschenden Stimmung von der Regierung beherzigt werden, aber keine nachteiligen Folgen mit sich bringen wird. Solche würden erst eintreten, wenn die Vorgänge des 16. April eine weitere Ausdehnung und Steigerung erfahren sollten, was, soweit wir unterrichtet sind, von keiner Seite oder doch wenigstens von keiner irgendwie ernst zu nehmenden Seite beabsichtigt wird.

Zu einem Massenstreik von längerer Dauer mit tieferen ökonomischen und politischen Folgen könnte der Augenblick nicht schlechter gewählt werden. Während im Westen eine Kriesschlacht entbrannt ist, die alles bisher Erlebte in Schätzen stellt, während auf unsre Brüder

draußen Ostsee von Eisen niederprasselt,

darf man im Hinterland nicht die Herstellung der Waffen vernachlässigen, die den Bedrohten zur Abwehr dienen. Deutschland ist nun einmal in einer weniger angenehmen Lage als im Augenblick Rußland. In ihrer Antwort auf die Erklärung der provisorischen Regierung hat die deutsche Regierung klipp und klar ausgesprochen, daß ein Angriff auf Rußland nicht beabsichtigt ist. Wenn aber, wie kurzzeit das deutsche Meer dem furchtbaren Angriff ausgesetzt ist, dann müssen die Arbeiter an den Drehbänken die Hände rühren, damit ihre Brüder draußen in den Schützengraben nicht hilflos zugrunde gehen.

Und noch aus einem zweiten Grunde ließe sich nichts Verhängnisvolleres und Furchtbarereres denken als eine große allgemeine Streikbewegung just in diesem Augenblick. Jeder politisch Unterrichtete weiß, daß im Lager der bisherigen Gegner Deutschlands ein Streit darüber entbrannt ist,

ob der Krieg weitergeführt werden

soll oder nicht. Die einen sagen wie wir, es sei höchste Zeit, ihn zu beenden. Die andern behaupten, wenn man den Krieg nur noch ein paar Monate fortsetzt, dann sei die völlige Niederlage Deutschlands gewiß, denn in diesen Monaten würde die revolutionäre Bewegung von Rußland

auf Deutschland übergreifen, sie werde die Verteidigungskraft Deutschlands zerbrechen und seine vollständige Niederlage herbeiführen.

Köme es heute in Deutschland zu einer großen hartnäckigen Streikbewegung, dann hätte die Partei der Kriegsverlängerer im Ausland gewonnenes Spiel. Denn wenn sich schließlich auch ihre Illusion als hinfällig erwiese, so hätten sie doch dem Krieg über den gegenwärtigen toten Punkt hinweggeholfen, und der Schläferei wäre erst recht kein Ende. Man kann mit dem besten Willen, dem Frieden zu dienen, durch Kurzfristigkeit in der Wahl der Mittel den Krieg verlängern helfen. Das würden aber ungeschicklich diejenigen tun, die den Arbeitern raten wollten, sich nicht mit einem kurzen sozialen Proteststreik zu begnügen, sondern eine allgemeine Streikbewegung in Gang zu bringen.

Auch der Berliner Proteststreik hat nicht die Billigung der Partei und der Gewerkschaften gefunden. Darum ist er auch auf einen Teil der Betriebe beschränkt geblieben, aber verhindern ließ er sich doch nicht. Darum möge die Regierung erkennen, daß die Mißstimmung in der arbeitenden Bevölkerung groß ist, daß sie wächst, und daß darum alles getan werden muß, um ihrem Wachstum Einhalt zu gebieten.

Das kann aber nur geschehen, wenn erstens die Ernährung der Bevölkerung wenigstens in notdürftiger Weise hergestellt wird, wenn zweitens mit den versprochenen

Reformen in der innern Politik nicht gezögert

wird und wenn drittens die Regierung eine Haltung einnimmt, die jeden Zweifel an der Euthetie und der Aufrichtigkeit ihrer Friedensliebe ausschließt.

Es ist anzuerkennen, daß die Regierung in allen diesen drei Richtungen Vorsorge zu treffen vermag hat. Man hat große Bemühungen gemacht, um die rechtzeitige Lieferung von Kriegsmitteln für die ausfallende Brotmenge sicherzustellen. Die Oberboden hat politische Reformen zwar nicht vollzogen, aber doch ihre Vorbereitung angekündigt. Schließlich hat die Antwort der deutschen Regierung auf die Erklärung der provisorischen Regierung Rußlands in der Bevölkerung allenthalben Anklang gefunden. Sie hat beruhigend gewirkt, und vielleicht ist es zum Teil auch ihr zu verdanken, daß der Tag in Berlin ohne ernste Zwischenfälle verlaufen ist.

Dieser Tag muß aber der Regierung zeigen, daß es auf dem bestrittenen Wege kein Zurück und kein zögerndes Stillstehen, sondern nur noch ein rasches Vorwärts gibt.

Die sozialdemokratische Partei und die Gewerkschaften tun ihre Pflicht, indem sie die arbeitende Bevölkerung auf den furchtbaren Ernst der Lage aufmerksam machen und von verhängnisvollen Unbesonnenheiten so ein-

dringlich wie möglich abraten. Der Erfolg wird gesichert sein, wenn die Regierung auch ihre Pflicht tut. —

## Ueber den äußeren Verlauf

der Demonstration finden wir in der Scherzpresse folgende Mitteilungen:

Die Demonstrationen der Arbeiter und Arbeiterinnen hörten am Abend ganz auf, und die Stadt hatte ihr gewohntes ruhiges Aussehen wieder. Die kleinen Züge am Nachmittag zerstreuten sich bald. Am Nachmittag ist es mehrfach zu Ausbreitungen von halbwüchsigen Putschern und Mädchen gekommen. In Trupps von 30 bis 40 Personen durchwanderten sie die Straßen und versuchten hier und dort, Fensterscheiben einzuwerfen, was ihnen auch mehrfach gelang. So unter den Linden, in der Friedrichstraße, Großen Hamburger Straße, Markgrafstraße. Hier entnahmen sie aus den Schaufenstern läden Kuchenstücke, die sie zum Teil schnell verzehrten. Als die Polizei erschien, nahmen die Putschern schnell Reißaus; mehrere von ihnen sind jedoch gefaßt, und sie sehen ihrer gerechten Bestrafung entgegen. Arbeiter, die des Weges kamen, verurteilten auf das allerhöchste die Ausschreitungen.

Die Versammlungen der Metallarbeiter, die fast ausschließlich nur von Angehörigen der betreffenden Fabrik einberufen waren, sind durchweg ruhig verlaufen; es wurden allerlei Wünsche vorgebracht, die sie am Dienstag durch Delegierte der Fabrikleitung übermitteln wollen. Es steht ganz sicher zu erwarten, daß heute die überwiegende Anzahl der Arbeiter, die gestern gefeiert haben, wieder zu ihren Arbeitsplätzen zurückkehren wird. Mehrfach war man sich wegen der Wiederaufnahme der Arbeit für den heutigen Dienstag noch nicht einig. Die Verkehrsmittel der Stadt funktionierten auch am Abend wie an allen andern Tagen, und so ist der gestrige 16. April fast so ruhig und normal verlaufen, wie es sich für die ernste Zeit gebührt.

Von anderer Seite wird noch mitgeteilt: Die von den Berliner Metallarbeitern für gestern beschlossene Arbeitshilfsleistung in Großberlin ist zum Teil zur Durchführung gekommen und wohl erheblich hinter den Erwartungen der Veranstalter zurückgeblieben. Es haben an ihr nur ungefähr 125 000 Arbeiter teilgenommen, viele von ihnen sogar erst nach Ableistung der Früharbeit. Die im Laufe des Vormittags abgehaltenen Werkstättenversammlungen zeigten ein im Verhältnis zur Zahl der Anwesenden recht geringe Beteiligung. Dasselbe gilt im allgemeinen auch von den Streikversammlungen, die sich im Anschluß daran bildeten und durchweg bald zur Auflösung kamen, so daß das Straßenbild, namentlich im Innern der Stadt, fast gar keine Veränderung erlitt. Die bei solchen Anlässen sich immer „radikal“ gebärdenden jugendlichen Arbeiter und Arbeiterinnen verhielten sich vergeblich, durch an sich unbedeutende Ausschreitungen die öffentliche Ordnung und Sicherheit zu stören. . . .

# Was der Krieg bringt.

## Südamerika vor dem Kriege.

Der brasilianische Gesandte in Berlin hat, wie bereits im größten Teil der letzten Ausgabe mitgeteilt, dem Staatssekretär des Auswärtigen Amtes eine Note überreicht, der zufolge die Beziehungen zu Deutschland unter Vereingung auf die Verletzung der „Parana“ abgebrochen und die Fäße für die Seemannschaft und die Konsulate erbeten werden.

Für den deutschen Gesandten in Brasilia, dem seine Fäße zugesandt werden sollen, und das Personal der Seemannschaft und der Konsulate werde der Dampfer „Rio de Janeiro“ zur Fahrt nach Hamburg zur Verfügung gestellt. Der Schatz der brasilianischen Intelligenz in Deutschland habe die Schweiz überlassen.

Die Beschlagnahme der deutschen Schiffe ist überall ohne Zwischenfall vor sich gegangen. In brasilianischen Häfen liegen 45 Schiffe mit insgesamt 25 000 Tonnage. 15 Postdampfer gehören der Hamburg-Südamerikanische Linie, 9 der Hamburg-Amerikanische Linie und 6 dem Norddeutschen Lloyd. Außerdem befinden sich in brasilianischen Häfen vier spanische Postdampfer von insgesamt 18 000 Tonnage. Die Beschlagnahme der Schiffe wird natürlich gestört.

Auch die spanische Intelligenz beginnt sich zu regen. In den ihr beherrschten Provinzen kommen sich ungeheuer wichtig vor. Nach Klärungen aus Madrid sind drei deutsche Konsulate in der Nähe des Meeres zum Ausbruch gekommen.

In Buenos Aires (Argentinien) gerät die Polizei in Unruhe und man hört die Verhaftungen an. Der Reichstag eines deutschen Konsuls wurde verhaftet. Eine große Demonstration hat dort einen Angriff auf die Deutschen zur Folge gehabt. Es wurde geschrien, einer wurde getötet. Das deutsche Konsulat wurde zerstört und in Brand gesetzt. Der Konsul wurde getötet. Die Polizei, die die Verhaftungen ausübte, wurde vertrieben und verhaftet.

In der Antarktische des argentinischen Reiches des Konsulats auf der Verhaftung des Konsuls, daß es die diplomatischen Beziehungen zu Deutschland abgebrochen habe, heißt es, die argentinische Regierung, die der Gewalt der Konsulats verhaftet, habe bereits ihr Urteil ausgesprochen. Er würde getötet werden.

Salinas Brasilia sowie die Erklärung, daß diese Haltung gerade auf denselben Grundsatze beruhe, und drückt Brasilien die aufrichtigsten Grüße der Brüderlichkeit aus.

Chile ist zurückhaltender. Der argentinische Gesandte in Wien teilte dem Auswärtigen Amte namens seiner Regierung mit, daß die Republik Chile gegen die Monarchie und das Deutsche Reich auch weiterhin Neutralität beobachten werde. —

## Allgemeiner oder Sonderfriede?

In einer sozialistischen Versammlung in Kopenhagen hielt Minister Stenning eine Rede, in der er ausführte, daß man den Frieden erstreben solle, als ob die deutsche Sozialdemokratie mit Kopenhagen als Zwischenglied sich bemühe, um einen Sonderfrieden zwischen Rußland und Deutschland herbeizuführen. Solche Behauptungen bekämpfen aber nicht und werden auch wenig verstanden sein. Sie wünschen, so legte der Minister weiter dar, nicht zu einem Sonderfrieden zwischen Rußland und Deutschland beizutragen, worauf der Krieg sich beschleunigt zu weiteren Verwicklungen würde. Aber wir wünschen zu einem allgemeinen Weltfrieden beizutragen und bekämpfen aus dem Grunde, weil jeder Friede zu erlangen, der nicht auf der Basis des allgemeinen Friedens zu erlangen ist. Ist es nicht, daß die deutsche Sozialdemokratie die Wünsche bezieht, einen allgemeinen Frieden zu erlangen. Das ist sich ganz klar darüber, daß ein Sonderfrieden von geringem Wert ist: man würde deshalb eine Verhinderung zwischen den Völkern herbeiführen, die den Weg zum Frieden unbeschwert kann, so wie alle Völker ihn wünschen.

Im Zusammenhang mit dieser Rede Stenning verdient der Hinweis des „Sozialdemokraten“ „kein Sonderfrieden“ Beachtung. Der Artikel erinnert an die früheren Behauptungen zur Verhinderung eines Sonderfriedens. Die angeblich von Deutschen mit russischen Intelligenzen ausgehenden, falsch ergebnisse ständen. Die Ereignisse der letzten Zeit hätten nun eine weit bessere Möglichkeit für die Föhrer Europas eröffnet als für einen Sonderfrieden zwischen ein paar kriegführenden Nationen. Der argentinische Minister der russischen Konsulate und der Gesandte in Chile, die den Frieden so dringend fordern, daß selbst Stenning seine Rede hielt. Behauptungen, um eine Verhinderung zwischen den Völkern und damit die Zurücklage für die schließlich erwarteten Verhandlungen über den Kriegszustand herbeizuführen, seien vorzugsweise von sozialdemokratischen Kreisen ausgegangen. Man sollte daher im Zusammenhang mit der Behauptung des General Stenning, daß die Verhandlungen sich auf einen Sonderfrieden richten, und besonders heute, wenn die Aufmerksamkeit der Völkern auf den russischen Konsulats in der Antarktischen Krieg gegen Deutschland und England teilschweren

zu können. Wir wissen, daß diese Unterstellungen unrichtig sind. Die deutsche Sozialdemokratie wünscht den Frieden nach allen Seiten durchgeführt. Man erwartet nicht die Möglichkeit eines Sonderfriedens und glaubt nicht daran und arbeitet auch gar nicht daran, ihn zu erreichen. Das man dagegen ein williges Rußland — unter dem neuen Regierungssystem — für den Gedanken an den Frieden zwischen allen Nationen erwartet, ist doch ganz verständlich, und wir können nicht glauben, daß man in dieser Erwartung getäuscht wird.

Der Berliner „Vorwärts“ bemerkt zu diesen Äußerungen: „Das Endziel ist der allgemeine Frieden, aber die Bewegung, die das Erreichen erreichen wird, könnte unter Umständen einen Sonderfrieden zur Voraussetzung des allgemeinen Friedens machen. Der Fall ist denkbar.“ —

## Sozialistenkonferenz in Stockholm.

Am Sonntag tagten im Haag die holländischen Mitglieder des Exekutiv-Komitees des Internationalen sozialistischen Bureaus. Die holländische Delegation im Internationalen sozialistischen Bureau als Vertreter einerseits den Standpunkt Luxemburgs, andererseits das allgemeine Friedensprogramm, das der Präsident Wilson seinerzeit in seiner Vorrede an den Senat aufgestellt hat. Sie begrüßte die Verträge der dem Internationalen sozialistischen Bureau angeschlossenen Parteien, mit den russischen Arbeitern jedoch gemeinsame Aktion der Arbeiterparteien für einen dauerhaften Frieden in Verbindung zu treten. Die holländische Delegation beschloß, baldigt nach Stockholm zu reisen, um eine internationale Sozialistenkonferenz zustande zu bringen, zu der auch die Mitglieder eingeladen werden sollen. Die Genossen Trocki, van Kol, Zibaut und Albarde werden sich wahrscheinlich auf dem Landweg und der Sekretär des Internationalen sozialistischen Bureaus, Genosse Duzman, wird sich auf dem Seeweg nach Stockholm begeben. —

## Polen gegen England.

Die sozialdemokratischen Blätter der Schweiz befehligen den Aufruf der auswärtigen Vertretung des Genossenschafts der polnischen sozialistischen Partei an das revolutionäre Proletariat Rußlands. Der



**Aufruf erhebt Einspruch** gegen den Versuch der vorläufigen russischen Regierung, „die Revolution vor den Kriegskarren zu spannen“, und gegen das „triviale Spiel, das im Interesse kriegerisch-imperialistischer Demagogie mit Polen getrieben wird“. Die neue russische Regierung sei lediglich Erbin und Vollstreckerin des Parisismus. Der Krieg solle weiter dauern, damit unter „dem Vorwand der Befreiung Polens die territoriale, militärische Basis der russischen Macht bis zu dem Karpathenwall und an die Oder erweitert werde“. Das Hauptziel sei aber nicht etwa Eroberung und Vereinigung aller polnischen Länder, sondern seien die türkischen Meerengen. Polen sei ein demagogisches Blendwerk. Dann heißt es:

Sinter dem Rücken Miljukows und Gutschkows stehen Buchanan und Lloyd George, steht der gewaltige britische Imperialismus, welcher der eigentliche Diktator der ganzen Entente geworden ist. Die vorläufige Regierung, die ihr Entstehen der Revolution verdankt, legt den Erenschwur den Alliierten des Parisismus ab, nicht dem englischen und französischen Volke, sondern den imperialistischen Regierungen Englands und Frankreichs. Schuldner des französisch-englischen Kapitals, werden sie auch morgen auf seine vermehrte Beihilfe angewiesen sein. Auf den Feldern Litauens, Wolhyniens und der Bukowina, gleichwie in den Bergen Armeniens und in Persien ist der russische Soldat verurteilt, für die Befestigung und Vermehrung der britischen Weltmacht, für ihre Beherrschung Afrikas, für die Westbergreifung Mesopotamiens und Arabiens durch England weiterzukämpfen.

Die Verheißungen der vorläufigen Regierung, ein einheitliches unabhängiges Polen mit dem Schwerte zu erkämpfen, sei, heißt es weiter, eine hohle Prahlerei. Die Erfahrungen dreier Jahre hätten die Unmöglichkeit dargetan, die Wehrmacht der Mittelmächte zu zerhacken. Sollte aber das Unwahrscheinliche zur Wirklichkeit werden, so würde „Polen vollends zu einem ungeheuren blutdurchtränkten Trümmerhaufen“. Der Aufruf schließt mit dem erneuten Einspruch, das russische und polnische Volk für englisch-russischen Imperialismus verbluten zu lassen.

## Rette sich, wer kann!

Die „Süddeutsche konservative Korrespondenz“ wizzert ihren Standpunkt zur preussischen Wahlrechtsfrage wie folgt:

Für die Konservativen ist die Aufgabe klar vorgezeichnet. Das konservative Prinzip steht und fällt nicht mit irgendeiner Wahlreform; es gibt Konservative, die sogar in Volksabstimmungen nichts als konservative Verleumdung erkennen; die Volksabstimmung als Korrelat zu einem ständischen Wahlrecht ist durchaus erörterbar. Die preussischen Konservativen werden versuchen müssen, bei der Neuorientierung des Wahlrechts so viel wie möglich für ein abgestuftes Wahlrecht herauszukämpfen, damit nicht das falsche, staatszerstörende Prinzip der Mehrheit zum Siege kommt.

Diesen Rat werden die preussischen Konservativen gewiß nicht befolgen, denn für sie kann es sich in der Tat nur darum handeln, für sich noch zu retten, was zu retten ist. Sache des Volkes wird es eben sein, dafür Sorge zu tragen, daß nicht zu viel überlebter Blunder in die neue Zeit hinübergeschleppt wird.

## Konservative und Wahlreform.

Die „Kreuzzeitung“ widmet in ihren Betrachtungen über die innere Politik der letzten Woche einen breiten Raum der Stellungnahme der Konservativen zu der Wahlreform in Preußen. Das Blatt stellt fest, daß man vom Reichskanzler einen festen Dalk gegen die demokratisierenden Bestrebungen nicht erwarten könne. Aus der geübten Kritik dürfe aber nicht der Schluß gezogen werden, daß sich die konservative Partei bei der Wahlreform vollständig abseits stellen würde, sie sei vielmehr bereit, an einer Verbesserung des preussischen Wahlrechts mitzuwirken. Aber die Vorlage dürfe nicht während des Krieges verabschiedet werden und sie dürfe unter keinen Umständen das gleiche Wahlrecht enthalten. Von den „Gefahren“ des gleichen Wahlrechts entrollt die „Kreuzzeitung“ folgendes Zerrbild:

Nach unserer Auffassung würde das gleiche Wahlrecht, also das Reichstagswahlrecht in Preußen, den preussischen Staat vollständig der Demokratisierung ausliefern. Von den 20 Reichstagsabgeordneten aus preussischen Wahlkreisen gehören zurzeit 10 der sozialdemokratischen Fraktion und 10 der Reichstagsmehrheit an; auf die Zahl der Mitglieder des Abgeordnetenhauses, 448, umgerechnet, würde das eine Sozialdemokratische Partei von etwa 220 Mitgliedern in Preußen ergeben. Ein solches Abgeordnetenhaus würde freilich dem jetzigen Reichstag etwa homogen sein. Wir haben nicht an zu erklären, daß wir die Auslieferung der Erde und Säulen, der gesamten Verfassung und der Staatsstruktur, namentlich der Eisenbahnen an die Furchung eines auf der Grundlage breiter Massenagitation gewählten Parlaments als unheilvoll und als den Untergang jeder berechtigten preussischen Eigenart ansehen würden. Das Preußen bisher gekannt hat, rechtfertigt keineswegs den Entschluß, die Grundlagen seiner Verfassung in dieser Weise umzuwälzen und in ihr Wesen zu verkehren. Dazu kommt ein noch wichtiger Grund. Der Kaiser und die Staatsräte führen die vom preussischen Staatsministerium instruierten Bundesratsstimmen. Das heißt die Demokratie sehr wohl und darauf beruhen ganz besonders ihre dauernd gegen Preußen gerichteten Angriffe. Wird das preussische Abgeordnetenhaus so, wie es die allerhöchste Befehlsbefugnis zum mindesten offen läßt, und wie es im Anschluß daran förmlich gefordert wird, vollständig auf den Boden des demokratischen Wahlrechts der Welt gestellt, so geht auch der Dalk verloren, den die Reichspolitik durch die Einwirkung Preußens bisher hatte.

Oldenburg-Januschau hat die Bedenken der Konservativen viel kürzer und deshalb viel klarer ausgedrückt: „Man darf das Wortemontane der Weisenden nicht einem Parlament ausliefern, das auf dem Reichstagswahlrecht beruht.“

Zu übrigen ist es aber sehr wichtig, daß die „Kreuzzeitung“ selbst den Finger auf die Wunde legt. Nach dem Reichstagswahlrecht würden 90 Sozialdemokraten im preussischen Abgeordnetenhaus sitzen, also etwa ein Fünftel sämtlicher Sitze einnehmen. Nach dem gegenwärtig geltenden Dreiklassenwahlrecht aber hat die stärkste Partei des Landes nur 10 Mandate, also nur ein Vierundvierzigstel. Schon diese beiden Zahlen zeigen, welches Unrecht die sozialdemokratischen Wählermassen jahrzehntelang ertragen haben. Wollen die Konservativen wirklich wagen, dieses Unrecht zu verewigen? Auch nach diesem Kriege noch...?

## Die Luxussteuer.

Der Entwurf einer Luxussteuer, wie ihn der Steuerauschuß beraten hat, war bekanntlich keine Vorlage der Regierung, sondern stellte einen Antrag dar, den die Mehrheitsparteien im Reichstag eingebracht hatten. Dieser Antrag war aber nicht auf dem Boden dieser Parteien gewachsen, sondern stammte aus dem Reichsstaatsamt; wo man über eine reichhaltige Auswahl von Steuerentwürfen aller Art verfügt.

Wenn ein von der Regierung vorgelegter Steuerentwurf in keinem Ertrag zu sehr beschnitten wird, dann taucht sofort eine in allen Einzelheiten fertiggestellte Ersatzsteuer auf, die einem Abgeordneten in die Hand gedrückt wird, der sie dann als seinen Antrag oder den seiner Partei einbringt. Für die Regierung hat dieser Weg gewisse Annehmlichkeiten; erstens gilt sie nach außen hin nicht als die Urheberin dieser Ersatzsteuer, und zweitens braucht ein solcher Entwurf nicht die erste Lesung im Plenum des Reichstags zu passieren. Zudem kommt noch, daß die von einer solchen Ersatzsteuer betroffenen Interessenten kaum die Zeit haben, ihre Bedenken wirksam machen zu können.

Auf diese Weise sind die Steuerzahler seinerzeit auch zu der Streichholzsteuer gekommen, die in 48 Stunden fix und fertig war. Die Luxussteuer konnte nicht in der gleichen Zeit durchgeprüft werden. Gegen diese Steuer sind eine Menge berechtigter Einwände erhoben worden, z. B. die enormen Schädigungen der Goldwarenindustrie, des Kunstgewerbes usw., so daß, wie die „Tägl. Rundsch.“ mitteilt, damit gerechnet werden kann, daß das Reichsstaatsamt auf die Weiterberatung dieser Steuer keinen Wert mehr legen dürfte.

Nach dem Kriege wird allerdings auch diese Steuer auf der Bildfläche wieder erscheinen.

## Notizen.

Das Schicksal des Jesuitengesetzes. Es scheint sich zu bestätigen, daß der noch vorhandene Rest des Jesuitengesetzes demnächst beseitigt wird. Der Reichstag hat einem solchen Antrag vor Ausbruch des Krieges zugestimmt, der Bundesrat hat sich zu diesem Beschluß des Reichstags bisher nicht geäußert und es wird sich nun fragen, ob erst ein neuerlicher Antrag im Reichstag eingebracht und angenommen werden muß oder ob der Bundesrat seinerseits die Initiative ergreifen wird. Wie der „Post“ von parlamentarischer Seite geschrieben wird, wird auch die freikonservative Fraktion der Vereitigung des Jesuitengesetzes zustimmen, so daß nur noch die Konservativen und ein Teil der Nationalliberalen sich ablehnend verhalten.

Das Wahlrecht in Sachsen. Mitglieder der sächsischen sozialdemokratischen Landtagsfraktion hatten am Freitag eine Besprechung mit dem Staatsminister Grafen Bismarck, um ihm ihre Bedenken über die Kürzung der Vertretung vorzutragen. Bei dieser Gelegenheit kamen die sozialdemokratischen Vertreter auch auf die politischen Forderungen der Zeit zu sprechen und wiesen darauf hin, daß auch in Sachsen das allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahlrecht an die Stelle des Klassenwahlrechts treten müsse. Der Minister erklärte, daß er eine bindende Antwort noch nicht geben könne, weil zu dieser Frage erst das Gesamtministerium Stellung nehmen müsse. Am Sonnabend hielt das Gesamtministerium dann eine Sitzung ab. Ob die Frage der Wahlrechtsänderung dort besprochen wurde, ist nicht bekannt.

Verlängerung der Mandatsdauer in Sachsen. Dem Sächsischen Landtag wird, wie dem „Verl. Tagebl.“ telegraphiert wird, in seiner demnächst beginnenden Tagung ein Regierungsentwurf zugehen über die abermalige Verlängerung der Mandatsdauer der Landtagsabgeordneten um 2 Jahre, also bis zum Jahre 1919.

Wahlreform in Bremen? Die fortchristliche Vereinigung der bremischen Bürgerchaft hat folgenden Antrag gestellt: Die Bürgerchaft ersucht den Senat, der Einsetzung einer Deputation zuzustimmen, deren Aufgabe es sein soll, Vorschläge für eine zeitgemäße Umgestaltung der bremischen Verfassung zu machen. Zunächst soll diese Deputation einen Entwurf zur Neuordnung des Wahlrechts der Bürgerchaft vorlegen.

Die Verfassungsfrage in Mecklenburg. Nachdem der Staatsminister von Mecklenburg-Schwerin auf die Eingabe des fortchristlichen Abg. Stokowich ziemlich ablehnend geantwortet hat, liegt nunmehr auch die Antwort des Staatsministers von Mecklenburg-Strelitz vor, die einigermaßen entgegenkommender lautet. Der Minister versichert, daß die Regierung von Mecklenburg-Strelitz niemals einen Zweifel darüber gelassen hat, daß sie eine grundsätzliche Reform der mecklenburgischen Verfassungsverhältnisse für dringend notwendig hält. Die Verfassungsverhandlungen aber während des Krieges wieder aufzunehmen, sei bedenklich, und deshalb müsse der Minister davon absehen, sich jetzt über die Frage des für Mecklenburg geeigneten Wahlrechts näher auszusprechen.

Der Zarenbesitz für die Tilgung der Staatsschulden? Die russische Regierung wird, wie die sozialistische „Pravda“ meldet, das Vermögen des Zaren zur teilweisen Tilgung der Staatsschulden verwenden. Das Erbhaben des frühern Kaisers bei der Rauf von England soll zur Ablösung russischer Forderungen im Ausland dienen, während alle Schätze und Gebäude des Zaren verkauft und in Wohlstandeserhalten umgewandelt werden. Die Zahlung der Anwartschaft für die Mitglieder der kaiserlichen Familie bleibt vorläufig in Höhe von

100 Millionen Rubel bestehen, das Geld erhalten jedoch nicht die Großfürsten, sondern es fließt der Regierung zu. Dem entgegen meldet die Petersburger Telegraphen-Agentur: Es handle sich bei der Beschlagnahme der kaiserlichen Güter nicht um den Privatbesitz des Nikolaus Romanow, sondern um die Güter, die er in seiner Eigenschaft als Kaiser besaß und die infolge seiner Abdankung und der Verzichtleistung des Großfürsten Michael an den Staat zurückfallen müssen.

## Die gigantische Schlacht.

W. L. W. Großes Hauptquartier, 17. April. (Amtlich.)

### Westlicher Kriegsschauplatz.

#### Heeresgruppe Kronprinz.

An der Aisne ist eine der größten Schlachten des gewaltigen Krieges und damit der Weltgeschichte im Gange.

Seit dem 6. April hielt ununterbrochen die Feuer vorbereitung mit Artillerie und Minenwerfern an, durch die die Franzosen in noch nie erreichter Dauer, Masse und Heftigkeit unsere Stellungen Sturmreif, unsere Batterien kampfunfähig, unsere Truppen müde zu machen suchten.

Am 16. April frühmorgens setzte von Soupir an der Aisne bis Wehenh nördlich von Reims her auf einer Front von 40 Kilometern mit ungeheurer Wucht von starken Infanteriekräften geführte und durch Nachschub von Reservisten genährte, tief gegliederte französische Durchbruchsangriffe an. Am Nachmittag warj der Franzose neue Massen in den Kampf und führte starke Nebenangriffe gegen unsere Front zwischen Dife und Gondé-sur-Aisne.

Bei dem heutigen Feuerkampf, der die Stellungen einengt und breite, tiefe Trichterfelder schafft, ist die starke Verteidigung nicht mehr möglich. Der Kampf geht nicht mehr um eine Linie, sondern um eine ganze, tief gestaffelte Befestigungszone. So wagt das Ringen um die vordersten Stellungen hin und her mit dem Ziele, selbst wenn dabei Kriegsgesetz verloren geht, lebendige Kräfte zu sparen und den Feind durch schwere blutige Verluste entscheidend zu schwächen.

Diese Aufgaben sind dank der vortrefflichen Führung und der glänzenden Tapferkeit der Truppen erfüllt.

Am gestrigen Tag ist der große französische Durchbruchversuch, dessen Ziel sehr weit gesteckt war, gescheitert, sind die blutigen Verluste des Feindes sehr schwer, über 2100 Gefangene in unsere Hand geblieben!

Wo der Gegner an wenigen Stellen in unsere Linien eingedrungen ist, wird noch gekämpft; neue feindliche Angriffe sind zu erwarten.

Denk morgen ist der Kampf in der Champagne zwischen Brumay und Aubérive entbrannt.

Das Schlachtfeld dehnt sich damit von der Oise bis an die Champagne aus.

Die Truppe sieht den kommenden schweren Kämpfen voll Vertrauen entgegen.

Vom übrigen Westen, Osten und Balkan ist nichts zu melden.

### Der Erste Generalquartiermeister Ludendorff.

#### Englischer Bericht.

Vom 16. April: Nachts nahmen wir Kileret südlich Hardicourt und kamen nordwestlich Lens vorwärts. Unter der in Liebin und Souchez gemachten Beute befanden sich eine sehr zöllige Schiffsflanone, Laufende von Geschossen aller Kaliber, darunter höllige Geschosse, eine Anzahl von Laufgrabenmörsern, eine große Menge von Granaten und Bomben aller Art. Die Beute in Liebin und Souchez umfaßt auch einen Eisenbahnwagen voll neuer Werkzeuge sowie viele Eisenbahnwagen mit Wagen, zwei große Lager mit technischem Baumaterial.

Der feindliche Angriff bei Monchy-le-Freux am 14. April wurde mit großer Entschlossenheit ausgeführt. Die bairische Division, die herangeführt war, um gegen unsere Offensivschlacht bei Loos 1915 Widerstand zu leisten und die 1916 in der Nähe des Sommes kämpfte, wurde wieder zur Verstärkung der deutschen Divisionen herangerufen. Sie hatte den Befehl, Monchy-le-Freux um jeden Preis wiederzugewinnen. Ihre Verluste bei diesem fruchtlosen Angriff waren außergewöhnlich schwer, ebenso wie die aller bairischer Truppen während der ganzen jüngsten Unternehmungen. Ueber ein Drittel der seit dem 9. April gemachten Gefangenen waren Bayern.

Vom 16. April abends: Die Zahl der seit dem Morgen des 14. April gemachten Gefangenen übersteigt 14 000. Unter dem erbeuteten Material befinden sich 194 Geschütze. Heute nachmittag starker Regen.

## Depeschen.

### Noch vor dem 1. Juli?

En. Christiania, 17. April. „Aftenposten“ schreibt: Die Proklamation des russischen Ministerpräsidenten wird als eine welthistorische Begebenheit betrachtet und mit Jubel in allen Ländern begrüßt. Russlands Justizminister und Ministerpräsident wissen jetzt, daß Deutschland bereit ist, unter ähnlichen Bedingungen wie Rußland Frieden zu schließen. Der Kaiser hat sich nur von England aus, da England verlangt, daß Deutschland Belgien (1) und damit die Heberung des Kaiser-Wilhelm-Kanals und der großen deutschen Nordseeküsten herausgeben soll. Aber weder England noch Amerika vermögen den Krieg in Gang zu halten. Alle europäischen Weltmächte sehen sich nach dem Abschluß des entgeglichen Nordens und der wahrscheinlichen Vermittlung aller Werte. Das Blatt schließt mit den Worten: „Was vor dem 1. Juli kommt der Friede!“

### Thomas fährt nach Rußland.

W. L. W. Stavanger, 17. April. Der französische Ministerpräsident Thomas ist am Montag früh auf der Reise von England nach Rußland an Bord des englischen Zerstörerbootführers „Corbetta“ hier eingetroffen.

### Villige Arbeitskräfte.

W. L. W. Bern, 17. April. Information berichtet aus Reuzburg: Man meldet amtlich, daß die Besatzungen der deutschen Schiffe zu verschiedenen Arbeiten herangezogen werden sollen.







## Der Bund am Kaisergrab.

Anlässlich des Todes des Erzbischofs von München und Freising, des Kardinals Dr. v. Wettinger, ist in der Presse aller Parteien an die Rolle erinnert worden, die Wettinger seinerzeit in Bayern bei den Wahlkompromissen zwischen Zentrum und Sozialdemokratie gespielt hat. Die Darstellung ist zumeist unrichtig, zum Teil (in der Zentrums-Presse) nicht ohne Absicht entstellt. Die „Kölnische Volkszeitung“ (Nr. 287 vom 13. April) erwähnt sich, von einer „fortgesetzten, keiner Aufklärung zugänglichen, böswilligen Wiederholung des abgeschmackten Märchens vom Abschluss des Bündnisses zwischen Zentrum und Sozialdemokratie im Kaiserdom zu Speier“ und von der „in hundert Lesarten entstellten Erzählung“ von der Mitwirkung des vormaligen Dompropst Wettinger dabei zu reden. Gegenüber all dem wollen wir versuchen, eine gedrängte Schilderung der Vorgänge aus der im Jahre 1913 erschienenen Broschüre unseres Genossen Landtagsabgeordneten Profit (Ludwigshafen) zu geben, der fast an allen Abmachungen teilgenommen hat.

Nicht nur bei den Landtagswahlen 1899 und 1905, sondern auch bei verschiedenen Reichstags- und Gemeinderatswahlen fanden sich Zentrum und Sozialdemokratie der Pfalz zum Abwehrkampf gegen die nationalliberale Herrschaft zusammen, unter der sie gemeinsam zu leiden hatten. Das erste Zusammengehen galt der Landtagswahl im Juli 1899. Es handelte sich dabei um das vielumstrittene Bündnis, das vor den Kaisergräbern im Dome zu Speier abgeschlossen worden sein sollte. Hierüber sagt die Broschüre Seite 10:

Wenn nun auch gesagt werden muß, daß in der Kapita kein Mittelmeer geleitet wurde, so steht doch das eine fest, daß man sich das gegenseitige Versprechen gab, als Männer auch sein gegebenes Wort möglichst zu halten. Die Begegnung im Dome bildete möglichen den Grundstein für eine nahezu zehnjährige Periode gegenseitiger Wahlunterstützungen in der Pfalz.

Am 26. Oktober 1911 erwähnte Vollmar diesen Vorgang im Abgeordnetenhaus u. a. wie folgt: „Ich denke noch der Zeit, wo wir Sozialdemokraten zwischen Klerik und Kaisergräbern unsere Verhandlungen gepflogen haben.“ Am 30. Oktober führte Vollmar gegenüber Ablehnungsversuchen von Zentrumsseite u. a. aus:

Ich kam zusammen mit dem damaligen Abgeordneten Franz Ehrhart nach Speier und wurde von diesem ersucht, am nächsten Tag einer wichtigen Wahlbesprechung mit einem Vertreter des Zentrums beizuhelfen. Und zwar sollte diese im Dome stattfinden, weil dies dort am unangenehmsten für das Zentrum erfolgen könnte. Wir traten durch eine Seitentreppe ein, an deren Eingang ein Domkapitular uns empfing. Unter dessen Vorleit gingen Ehrhart und ich — und noch einer (Domkapitular Dr. Zimmermann, immer Freund Wettingers) — durch die Reihe der Irenen Vater von der Seite in den Dom und dann wenige Schritte weiter in die

Krypta, die der Geistliche persönlich öffnete und, nachdem wir eingetreten, wieder versperrte. . . . Hier wurden nun durchaus keine architektonischen oder sonstigen profanen Angelegenheiten besprochen, sondern man unterhielt sich eingehend über das für die Pfalz abzuschließende Wahlkompromiß und die dazu gehörigen Dinge.

Das Bündnis des Jahres 1905, das die Erreichung des direkten Wahlrechts bezweckte, brachte unser Genosse Körner am 22. August 1912 infolge Provokation von Zentrumsseite im Landtag zur Sprache. Er sagte dabei:

Die Erinnerung an die kaum sieben Jahre zurückliegende Zeit ist auch bei den Wählermassen nicht so schnell verschwunden. Ich will übrigens das andre auch noch sagen; es ist so nicht so schlimm, wenn man sich darüber auch furchtbar entzückt. Nicht den Herrn Erzbischof von München will ich nennen, sondern den damaligen Speierer Stadtpfarrer Wettinger. (Große Heiterkeit.) Er war auch dabei. (Hört! hört!) Herr Wettinger — alle Achtung habe ich vor ihm — hat sich also nicht geniert, und auch nachdem er Erzbischof von München geworden war, hat er bei einer Besichtigung, die die Mitglieder der beiden Kammern gemeinschaftlich in der Krypta vornahm, mit recht herzlich die Hand gedrückt.

Weiter erzählt dann Landtagsabgeordneter Profit seine eignen Erfahrungen. Für die Wahl mußten Stärkeberechnungen angefertigt werden. Stadtpfarrer Dr. Wettinger bejorgte diese für das Zentrum, Profit für die Sozialdemokratie. Dann kamen die beiderseitigen Parteileitungen zusammen. Die Aussprachen geschahen zunächst in München im Landtag; das Wichtigste folgte in der Heimat. Die erste Zusammenkunft, an der je sechs Sozialdemokraten (darunter Ehrhart) und sechs Zentrumsleute (darunter Wettinger) teilnahmen, war in Mannheim im Hotel Weinweber: „Eine große spanische Wand verbarg uns den Blicken etwa eintretender Gäste.“ Nach getaner Arbeit gingen, um kein Aufsehen zu erregen, „die roten zur Vordertür, die schwarzen zur Hintertür hinaus“.

Ueber die nun beginnende Hauptarbeit teilt Profit unter anderem mit (Seite 15):

Einige Tage nach der Mannheimer Sitzung lenkte ich meine Schritte, die Kriegssachen unterm Arm, vom Bahnhof in Speier nach der Pfaffengasse, um zur festgesetzten Zeit im katholischen Pfarrhaus zu erscheinen. Bald ließ ich Herrn Wettinger in seinem Arbeitszimmer zur Seite. Die einzelnen Wahlbezirke der Pfalz wurden gemeinsam durchgesprochen. Die Arbeit wurde rasch gefördert, da der Kriegsplan Wettingers mit dem unsemern ziemlich übereinstimmte. Bei diesem Zusammenarbeiten wurde mir klar, daß es in meinem Nachbar mit dem Organisator der pfälzischen Zentrumsparterie zu tun hatte. Schließlich geschickte sich Dr. Zimmermann zu uns, und an einem inzwischen gebildeten Tisch nahmen wir Platz, um uns etwas zu stärken und noch einige Zeit plaudernd zu verbringen. Man nannte mir die Namen

der Zentrumsleute, alles geistliche Herren, die ich in den nächsten Tagen besuchen sollte. Dr. Zimmermann hatte sämtliche Herren auf meinen Besuch brieflich vorbereitet und die eventuell „Widerpenigen“ zu zähmen. Solche Widerpenigen gab es auch in andern Wahlkreisen. So in Kaiserlautern. So machte Ehrhart Wettinger gelegentlich darauf aufmerksam, daß in Kaiserlautern zwar die eine der beiden Parteien uns stimmen werde, daß aber die andre abzupringen drohe. Da versprach Wettinger, er werde persönlich nach Kaiserlautern reisen und den Leuten der widerpenigen Partei den Standpunkt klar machen; wir könnten uns auf ihn verlassen.

Nachdem Genosse Profit seine Mission in den Pfarrhäusern beendet hatte (er schildert sie im einzelnen), folgten noch einige Besprechungen zwischen ihm und Wettinger. Der Wahlausgang hatte bekanntlich den erwünschten Erfolg.

Auch bei den Reichstagswahlen von 1907 — wo Zentrum und Sozialdemokratie in Opposition gegen den Bismarck-Block standen — fanden nach dem ersten Wahlgang in Speier Verhandlungen zwischen den Sozialdemokraten Ehrhart und Profit und den Zentrumsleuten Dr. Wettinger, Dr. Jäger und Dr. Zimmermann statt, die wieder zu bindenden Abmachungen führten.

Ueber die letzten Begegnungen zwischen Wettinger und Ehrhart sagt die Broschüre (Seite 37): „Die Begegnungen zwischen Wettinger und Ehrhart zum Zwecke von Wahlvereinbarungen in der Pfalz waren sicher zahlreicher, als es nach meinen Darlegungen scheint. Durch diese vielen Zusammenkünfte hatte sich nach und nach aus gegenseitiger Wertschätzung eine Freundschaft entwickelt, dessen Zeuge ich öfters sein durfte.“

Die letzte Begegnung war kurz nach den Landtagswahlen 1907. Profit berichtet darüber: „Als Wettinger und Ehrhart sich zum Abschied die Hände reichten, dachte wohl keiner von beiden daran, daß es das letzte Mal war, und daß sie beide so bald aus ihrem Wirkungsbereich würden scheiden müssen. Ehrhart starb im Juli 1908, und einige Wochen später wurde Wettinger auf den erzbischöflichen Stuhl von München-Freising berufen. —“

Weitere Verhandlungen fanden dann ohne Wettinger und Ehrhart statt, bis die Zeit dieser Kompromisse, die ein Stück Parteigeschichte für beide Teile darstellen, vorbei war, um nie wiederzukehren. In ihren Grundzügen haben sich beide Parteien bei dem gemeinschaftlichen Kampf um gemeinliche Ziele nie etwas vergeben. Die Erfolge jener Taktik, so sagt Profit, haben Ehrhart recht gegeben.

Als die Broschüre des Abg. Profit vor einigen Jahren erschien, vermochte die Zentrums-Presse an der historischen Darstellung nicht zu rütteln. Sie schrie, um heute, bei dem Tode Wettingers mit dieser Stirn ihren Vektoren vorzutun, daß die Vorgänge im Dome zu Speier und was damit zusammenhängt, „abgeschmackte Märchen“ seien.

### Eine Handvoll Erde.

Roman von Klara Viebig.

(66. Fortsetzung.)

Handred von Rosen

Auch bei Reichsfeind wurde viel über die Sache gesprochen. Sie hatten ja die Briefe gekannt, waren sozusagen Nachbarn von ihr gewesen.

„Daß Du mir um mich mehr allein raus gehst auf das verfluchte Feld“, grämte Artur. „Ueberhaupt nicht mehr. Ich will gar nicht mehr davon wissen; nicht als Unglück haben wir davon gehabt!“ Und leuchtend lächelte er den Kopf in die Hand. Seine Tochter immer so vor Augen zu haben, das machte ihn ganz schwermütig. Wenn das Feld nicht gemeinet wäre, und die Raube nicht, und die ganze verfluchte Geschichte nicht, dann —!

„Unsre Raube kann aber doch nicht da sein“, sagte Mine. Sie verteidigte das, was ihrem Herzen so teuer war. „Was kann das unschuldige Süßel Land für unser Unglück!“

„Ich erneure die Raube noch mehr. Du kannst sagen, was Du willst. Brauchst gar nicht anzufangen mit Säen und Pflanzen, wenn Du es doch nicht mehr!“

Wenn Artur aus der Zeitung vorles von dem Morde, dann ging May weg. Das konnte er nicht ertragen. Er schaute, wie es über den Boden riefte, und wie es ihm heiß in die Augen schiess das arme Weib! Nachts schlief May nicht; immer sah er die Anna vor sich mit den schwarzen Haaren und den blauen Schleiern, sah sie, wie er sie damals gesehen hatte mit seinen roten Strahlen um den Hals, sah sie, wie er sie belächelt hatte im Bewußtsein, daß sie nicht von blinkenden Tropfen. Er konnte gar nicht mehr hören auf sie sein. Und wenn er schlief, dann träumte er so entsetzlich, immer von ihr, sah sie ermordet daliegen und schrie so überlaut auf, daß die ganze Nachbarschaft noch wurde.

Heute las Reichsfeind wieder vor: noch immer, sagte sie den Mörder nicht, aber ein Verdacht war angedeutet, der

wohl zur Entdeckung führen konnte. Doch hielt man das vorderhand noch streng geheim.

Mine, die erst jetzt am Abend dazu kam, das Geschirr abzuwaschen, fand, einen Keller in der Hand, mit weit-aufgerissenen Augen: wer, wer konnte mir so ein schreckliches Mord sein?!

Selbst Frieda, die nicht mehr zur Arbeit ausgehen konnte, sondern jetzt Blumen und Umerröde zu Hause nähte, von morgens bis in die Nacht hinein, ließ auf einen Augenblick die Maschine stillstehen. Die Frage rief auch sie aus ihrer traurigen Verfunkenheit: ja, wer, wer?!

May, der eben von der Arbeit gekommen war, frisch und rot, wurde jetzt blaß, am Schnurrbartchen nagend, stand er da: daß sie auch nie aufhören konnten mit dieser gräßlichen Geschichte!

Da tappte etwas draußen auf der Treppe. Männer-schritte. Hörer mehrere mußten es sein. Dort klopfte es an die Küchentür.

Mine öffnete.

„Kann?“ Reichsfeind guckte vom Leien auf.

Zwei Herren schoben sich herein, und hinter ihnen wurde noch ein dritter sichtbar, ein Mann in Uniform, ein Polizist. Sie sagten kaum „Guten Abend“, sie waren gleich mitten in der Küche, und der in der Uniform versteckte die Tür.

Was wollten die hier? Artur war aufgebracht. Er hatte noch nie etwas mit der Polizei zu tun gehabt, darauf war er stolz. Sollte er jetzt auf seine alten Tage etwa noch mit denen zusammengeraten? Denn es war eine Unverschämtheit, ihn hier, so mit nichts dir nichts hereinzulassen. „Sie haben sich wohl in der Nummer geirrt“, sagte er mit höflicher Höflichkeit. „In Haus weiter, wenn ich bitten darf. Ich sehe nicht, ich habe auch keinen umgebracht — was wollen Sie denn hier?“

„Ist das Ihr Sohn?“ fragte der eine und richtete den Blick scharf auf May.

Mine guckte verwundert: der Mager hatte sich noch nie

was zuschulden kommen lassen. Und doch trieb es sie an, sich vor ihn hinzustellen, gleichsam als wolle sie ihn decken mit dem eignen Leib.

„Ja, das ist mein Mager!“

„Na denn, Mager Reichsfeind, kommen Sie man!“ Der Beamte war ganz gemüht.

Aber Vater Reichsfeind verstand keinen Spaß. „Wollen Sie gefälligst meinen Jungen ungehorsam lassen?“ Er erbebte drohend den Arm. „Wie kommen Sie dazu? Wer sind Sie eigentlich? Was unternehmen Sie sich?“

Der Kriminalbeamte zeigte seine Marke. „Machen Sie sich keine Ungelegenheiten, Herr Reichsfeind. Wir machen kein Aufhebens, machen Sie nun auch feins. Wenn Ihr Sohn imstande ist, sich von dem Verdacht zu reinigen, der auf ihm lastet, so braucht kein Mensch weiter was davon zu wissen. Also los!“

May stand da, blaß, den Blick zu Boden gesenkt; er war wie auf den Mund geschlagen vor Ueberraschung. Was, was sollte er denn? Er war sich nicht des Geringsten bewußt, er wäre auch ruhig mitgegangen, aber die Mutter hatte das Wort „Verdacht“ aufgeschrien, und das flüchte ihm Schrecken ein.

Mine schrie auf: ihr Mager weggeführt, von der Polizei weggeführt? Nein, das ließ sie nicht zu. „Hier bleibst! Sie zerrte den Sohn wieder zu sich hin, und als er sagte: „Mager dich dich auf, Mutter, ich muß aber doch mitgehen“, da schrie sie noch viel lauter: „Verdacht! Verdacht!“ Auf niehnen Mager braucht keiner 'n Verdacht zu haben, der tut nicht Unrecht!“

Und Herr Reichsfeind fing auch an zu schreien: was das eine Mutter, harmlose Leute so zu überfallen? Verdacht —?! Was war denn das für ein Verdacht, der auf seinem Jungen ruhen sollte? Das war ja eine ganz unerhörte Sache. „Mager, hatte denn was ausgefreissen?“ brüllte er seinen Sohn an.

Der Mager ganz unsicher. „Ich weiß doch nicht!“

(Fortsetzung folgt.)



# Magdeburger Angelegenheiten.

Magdeburg, 17. April 1917.

## Gestohlene Lebensmittelkarten.

Uns wird geschrieben:

Die Fälle mehren sich, in denen Frauen und besonders Kindern beim Einkauf die Lebensmittelkarten gestohlen werden. Man geht dabei in der dreifachen Weise vor. Oft werden die Karten direkt vom Ladentisch entwendet. In andern Fällen hat man Kindern die Taschen geplündert. Je größer die Lebensmittelkarte ist, um so öfter werden Diebstähle der Lebensmittelkarten vorkommen. Die Gestohlenen kommen dadurch in die aller schlimmste Lage. Nicht nur, daß sie sehr hohe Kosten zu tragen und viele ärgerliche Scherereien haben; sie bekommen auch einen Teil der Karten überhaupt nicht ersetzt und haben zu den Resten auch noch vermehrten Hunger zu ertragen. Die Bekanntmachung des Magistrats vom 3. März 1917 bestimmt in § 2:

Eine Neuausfertigung (verlorener oder sonst abhanden gekommener Karten und Marken) findet unter keinen Umständen statt bei sämtlichen fremden und Lebensmittel-Zusatzkarten, einschließlich derjenigen für Zucker-, Eier- und Materialmarkenarten. Im übrigen findet die Ausfertigung nur gegen die feinsten Gebühren unter Mitwirkung der am Tage der Anzeige des Verlustes bereits gültigen Marken statt. Bei wiederholten Verlusten kann die Ausfertigung überhaupt verweigert werden.

Die Gebühren sind sehr hoch. Für die Neuausfertigung der Brotkarte werden 3 Mark, eines Brotmarkenbogens 1,50 Mark, der Kartoffelkarte 1,50 Mark, der Fleischkarte 1,50 Mark, Milchkarte 1,50 Mark, Seifenkarte 1,50 Mark berechnet. Wenn innerhalb eines Jahres die Karten oder Marken zweimal abhanden kommen, so wird der doppelte Satz berechnet.

Wurde der Diebstahl möglich durch die Nachlässigkeit oder Unachtsamkeit des Eigentümers, so nimmt das Lebensmittelamt schuldhaftes Verhalten an und verfährt so, als ob die Karten und Marken verloren sind. Nur in Fällen, wo durch Einbruch oder gewalttätige Verwundung die Karten und Marken entwendet wurden, leidet das Lebensmittelamt Erfolg.

In diesem Verfahren liegt eine gewisse Härte gegenüber den Beschädigten. Die Diebstähle können sich aber derart, daß die gerechnete Verteilung in Frage gestellt würde, wollte man alle angedeuteten oder wirklich gestohlenen Karten erliegen. Denn auf die entwendeten Karten werden früher die Nahrungsmittel entnommen. Zu dem Zwecke sind sie ja gestohlen worden.

Wir raten deshalb allen, auf jeden Kartenbogen mit Tinte Namen und Wohnung des Eigentümers in einzuschreiben, daß der Dieb leicht abgefaßt werden kann. Vor allem müssen die Verzeichnisse auf das sorgfältigste verwahrt werden. Die mit dem Einkäufen betrauten Personen sollten streng darauf zu achten, daß die Karten nicht in die Hände fremder Personen gehen und die Verkäufer müssen die Käufer aufmerksam machen.

## Die Flut steigt.

In „Kochbüchern“, dem bekannten Fachblatt für Haushaltung und Konsumgeschäfte, haben wir eine sehr beachtenswerte Mitteilung. Hier die sprunghafte Steigerung der Preise für die von der Konsumtion verarbeiteten Rohstoffe. Das Blatt führt folgende Beispiele an:

Es kostete vor dem Kriege	heute
Reinweißes Seidenzeug	3-6 Mk. 30-35 Mk.
Wolle	2-3 „ 30 „
Chemisches Färbemittel	1-2 „ 18-25 „
Farbmittel	75 „ 6-8 „
Werkzeug mit Leinwand	1 „ 8 „
Werkzeug (Leinwand)	2 „ 20 „
Werkzeug (Leinwand)	5 „ 30-40 „

Leinwand und Baumwollgewebe, die die Konsumtion verarbeitet, sind um 100 Prozent teurer als im Frieden. Die Steigerung der Rohstoffpreise hat natürlich die Preise der fertigen Produkte entsprechend. Bei dieser Lage kann es kommen, daß die Konsumtion nicht mehr in der Lage ist, die Rohstoffe zu kaufen. Die Preise für die Konsumtion sind so hoch, daß sie nicht mehr in der Lage sind, die Rohstoffe zu kaufen. Die Preise für die Konsumtion sind so hoch, daß sie nicht mehr in der Lage sind, die Rohstoffe zu kaufen.

## Die neuen Obdpreise.

Die Reichsregierung hat am 1. April 1917 die neuen Obdpreise für die verschiedenen Waren festgesetzt. Die Preise sind im allgemeinen um 10 bis 20 Prozent erhöht. Die Preise für die verschiedenen Waren sind im allgemeinen um 10 bis 20 Prozent erhöht. Die Preise für die verschiedenen Waren sind im allgemeinen um 10 bis 20 Prozent erhöht.

Die Preise für die verschiedenen Waren sind im allgemeinen um 10 bis 20 Prozent erhöht. Die Preise für die verschiedenen Waren sind im allgemeinen um 10 bis 20 Prozent erhöht. Die Preise für die verschiedenen Waren sind im allgemeinen um 10 bis 20 Prozent erhöht.

Gruppe 1 genannt sind oder infolge ihrer Beschaffenheit nicht zur Gruppe 1 gehören. Die Birnen müssen gepflückt, gut sortiert und mittlerer Art und Güte sein. Gruppe 3: 6 Pfg. Hierzu gehören: alles Schüttelobst, Ausschuß- und Fallbirnen und Mostbirnen.

Das sind, wohlgeachtet, die für den Erzeuger geltenden Preise. Sie übersteigen die Friedenspreise noch um ein ganz beträchtliches. Da im Kleinhandel ein weiterer Preisaufschlag erfolgt, so wird es leider auch in diesem Jahre billiges Obst nicht geben.

### Die 20. monatliche Haussammlung

beginnt am

## Sonntag den 22. April

Einzahlungen können auch an unserer Kasse, Kaiserstraße 61, oder an Postcheckkonto Berlin NW 7 Nr. 22345 erfolgen.

— Gegen die hohen Fischkonservenpreise. Die Preisprüfungsstelle schreibt uns: Nach einer Mitteilung der Zentral-Einkaufsgesellschaft werden für Fischkonserven, insbesondere für ausländische Sardinen, im Handel vielfach Preise verlangt, die in keinem Verhältnis zu den Einkaufspreisen stehen. Für die Zukunft wird die Einkaufsgesellschaft und die Waren unter Kontrolle der Zentral-Einkaufsgesellschaft in den Verkehr gebracht. Auf den Verkaufspreis der Zentral-Einkaufsgesellschaft, bzw. der Preisprüfungsstelle darf zusätzlich Fracht und Postgeld nur ein Augen von 20% zusammen für Groß- und Kleinhandel aufgeschlagen werden. Dieser Aufschlag von 20% ist selbstverständlich auch als angemessener Aufschlag hinsichtlich der bisher bereits eingehaltenen freien Käufe zu betrachten. Die ehrenamtlichen Ausschüsse und Herren werden in der nächsten Zeit sich besonders der Kontrolle der Fischkonserven widmen. Der Handel wird daher ersucht, seine Preise schrittweise so zu legen, daß der Aufschlag sich in angemessenen Grenzen bewegt, widrigenfalls die Strafverfolgung zu gerichtlichem Zwang mit den Fischkonserven nicht werden können. Hoffentlich wird man mit den Fischkonserven nicht geradezu gehen wie beispielsweise mit den Nahrungsmitteln, daß sie nämlich völlig aus dem Handel verschwinden.

— Geringere Brotabgabe auch auf Reibrotmarken. Die Preisprüfung der Reichsregierung hat auch eine Herabsetzung der gegenwärtig auf die Reibrotmarken entfallenden Menge an Getreide zur Folge. Vom 10. April ab werden auf Reibrotmarken nur 200 Gramm Getreide abgemessen. Für jeden Tag der Woche erhalten Konsumenten vier Reibrotmarken. Die Abgabe für die Marken eines Wägers ist bis zum 15. Mai dieses Jahres verlängert worden, nachher sind noch bis zum 15. Mai die Marken alten und die neuen Marken nebeneinander in Geltung, vom genannten Tage an nur noch die Marken neuen Wägers.

— Freiwirtschaft. Der Konditor Hermann Gottschling von hier kaufte in der Zeit vom April bis Juni 1916 von dem Kaufmann Ferdinand Müller in vier Raten zusammen 323 Zentner Speiseeisener, die er zum größten Teile sofort mit einem Verdienst bis zu 42 Mark für den Zentner wieder verkaufte. Der Einkauf hatte 106 bis 140 Mark für den Zentner betragen. Nach dem Gestrichen von Speiseeisener von der Gewinn ein überhöhter. Der Angeklagte, der sich am Montag vor dem Reichsgericht zu verantworten hatte, entschuldigte sich damit, es seien ihm durch die Beschädigung von Gütern größere Manövers entstanden, was auch ein Menge schädigte. Die Kammer erkannte wegen Vermeidens bei drei Raten auf 1716 Mark Geldstrafe oder 172 Tage Gefängnis. Die Strafbekanntmachung ist in der „Magdeburgerischen Zeitung“ und in „Magdeburger Central-Anzeiger“ veröffentlicht.

— Die Futter- und Eiermarken. Die Reichsregierung hat auf Anordnung der Reichsregierung des Kriegsernährungsamtes eine Erhebung über die Zahl der in preussischen Konsumtion angeordneten Sammelstellen für Futter und den Umfang ihrer Tätigkeit sowie die Sammlung von Milch und Eiern unternommen. Die Reichsregierung hat die Anwesenheit der Sammelstellen nachzuweisen, so beträgt die bisher festgestellte Zahl der Sammelstellen für Futter über 1000, die für Milch und Eier über 1000. Die Reichsregierung hat die Anwesenheit der Sammelstellen nachzuweisen, so beträgt die bisher festgestellte Zahl der Sammelstellen für Futter über 1000, die für Milch und Eier über 1000. Die Reichsregierung hat die Anwesenheit der Sammelstellen nachzuweisen, so beträgt die bisher festgestellte Zahl der Sammelstellen für Futter über 1000, die für Milch und Eier über 1000.

— Der Reichsgerichtliche Obdpreis. Nach den Bestimmungen des Reichsgerichts des 1. April 1917 hat der Reichsgerichtliche Obdpreis für die verschiedenen Waren festgesetzt. Die Preise sind im allgemeinen um 10 bis 20 Prozent erhöht. Die Preise für die verschiedenen Waren sind im allgemeinen um 10 bis 20 Prozent erhöht.

— Zwangsverkauf für das Eisen- und Stahlwerk. Der Reichsgerichtliche Obdpreis für das Eisen- und Stahlwerk hat der Reichsgerichtliche Obdpreis für die verschiedenen Waren festgesetzt. Die Preise sind im allgemeinen um 10 bis 20 Prozent erhöht. Die Preise für die verschiedenen Waren sind im allgemeinen um 10 bis 20 Prozent erhöht.

— Der Oberpostassistent als Feldpostmarschall. In Zeitzschen verschwand im vorigen Jahr eine Zeitung fortwährend Feldpostpäckchen, die dort zur Post gegeben worden waren. Der Verdacht lenkte sich schließlich auf den Oberpostassistenten John. Einmal Tages, als der Oberpostassistent zu einer Revision anwesend war, war wieder ein Päckchen verschwunden. Bei Durchsichtung des Briefkastens des John wurden 6 Eier gefunden. Das von einem Fräulein angegebene verschwundene Päckchen hatte 6 Eier enthalten. John gestand dem Oberpostassistenten ein, daß er öfters Päckchen sich angeeignet und den Inhalt verbraucht habe. John, der ein Gesamtgehalt von 3300 Mark und ein Haus hatte, entschuldigte sich mit wirtschaftlicher Not infolge der Teuerungverhältnisse. John verschwand dann stillschweigend und ging nach Hause. Als andre Beamte dort erschienen und Hausdurchsuchung betrieben, fanden sie nichts. John wurde wegen Amtsunterschlagung gemäß § 350 des Strafgesetzbuchs angeklagt und vom Landgericht zu Landsberg a. d. W. zu anderthalb Jahren Gefängnis und 2 Jahren Ehrverlust verurteilt. Zeitgleich wurde, daß in Zeitzschen im ganzen 125 Päckchen verschwunden waren. Das Landgericht nahm an, daß nur der Angeklagte der Täter sein könne. Positiv feststellen ließ sich allerdings nach dem Geständnis Johns nur, daß er mindestens sechs Päckchen unterschlagen habe. Amtsunterschlagung liege vor, weil John die Päckchen zum Stempeln erhielt, sie also als Beamter in amtlicher Eigenschaft empfangen oder in Gewahrsam hatte (§ 370). Für seine Tat sei eine hohe Strafe angebracht. John legte Revision ein und verlangte Anwendung des § 370 Ziffer 5 des Strafgesetzbuchs, wonach nur mit Geld oder Haft bestraft wird, wenn Nebenstrafe oder Genugthuung von unbedeutendem Werte oder in geringer Menge zum abschließenden Verbrauch entnommen oder unterschlagen. Das Kammergericht verwarf die Revision des Angeklagten mit folgender Begründung: Ohne Rechtsirrtum sei Amtsunterschlagung festgestellt worden. Von der Anwendung des § 370 Ziffer 5 (Nebenstrafe) könne schon deshalb keine Rede sein, weil diese Bestimmung im Falle der Amtsunterschlagung überhaupt keine Anwendung finde.

— Beitritt der Stadt zur Landeshilfsvereinsgesellschaft. Bekanntlich hat sich bei der Verankerung der Bevölkerung mit Eiern, Leinwand und andern Nahrungsmitteln infolge der Kriegsverhältnisse herausgestellt, als die Preise nicht einseitlich für das ganze Reich geregelt sind. Die Folge war, daß die bezogenen Waren dahin strömten, wo die höchsten Preise bestanden. Um nun hierin eine Einheitlichkeit zu erzielen, ist eine besondere Gesundheitsabteilung des Landesamts für Nahrungsmittel und Eier gegründet worden. Das Stammkapital der Gesellschaft beträgt 1 Million Mark. Um jeden Vorteil im Interesse der Bürgerlichkeit wahrzunehmen, hat sich der Magistrat angeschlossen. Dieser Gesellschaft beizutreten. Der Anteil der Stadt Magdeburg zur Aufbringung des Stammkapitals beträgt 15000 Mark. Die Statutenordnungen werden ersucht, hierzu ihre Zustimmung zu geben.

— Gegen den Bodenwucher in Laubentolonen. Das Kriegsernährungsamt teilt mit: Es ist Klage wegen übermäßig hoher Pachtpreise für Kleingärten in Laubentolonen geführt worden. So in Wilmersdorf von dem Besitzer eines umfangreichen Grundstücks der unerhörte Pachtpreis von 2 Mark für 1 Quadratmeter Brachland mit dem Wert der Begründung begründet worden, daß andere Grundbesitzer bis zu 4 Mark Jahrespacht für 1 Quadratmeter Brachland erhielten. Demgegenüber wird darauf hingewiesen, daß nach der Bundesratsverordnung vom 4. April 1916 in Gemeinden von mehr als 10000 Einwohnern Grundstücke zum Zweck der landwirtschaftlichen Nutzung nicht zu höherem als den von den Magistrate festgesetzten Preisen verpachtet werden dürfen. Die Festsetzung der Pachtpreise durch die Magistrate bezieht sich selbstverständlich auch auf die Verpachtung von Privatland. Es ist ferner lediglich eine Umgehung der Preisfestsetzung, wenn übermäßige Preise für Nebenleistungen des Verpächters, wie Vermehrung der Wasserleitung usw., gefordert werden. Streitigkeiten über die Höhe der Pachtpreise werden unter Ausschluß des Rechtsweges durch den Magistrat erdgültig entschieden. Dabei kann der Magistrat bestimmen, daß der zuviel erhobene Betrag in dreifacher Höhe an die Kasse des Ortsarmenverbandes zu entrichten ist.

— Sparkasse und Kriegsanleihe. Wie uns mitgeteilt wird sind bei der Sparkasse auf die sechste Kriegsanleihe von der Sparern 597 000 Mark und von der Sparkasse selbst 15 000 000 Mark, zusammen 20 977 000 Mark, gesammelt worden.

— Vergessen. Reich und Staat haben infolge der Teuerung ihren Beamten eine Erhöhung der Bezüge bewilligt. Auch die Staatsspenden wurden dabei berücksichtigt. Vergessen worden aber sind die noch lebenden Kriegsteilnehmer von 1870/71, 1866 und 1864, die viel als ausstehende auf ihre lange Rente angewiesen sind und damit natürlich nicht entfernt auskommen. Einer von ihnen schreibt uns heute, daß sie nicht mehr in der Lage seien, die heftigsten Beiträge für ihren Verein aufzubringen und ihn deswegen aufzulösen hätten. Es müßte dringend etwas zu ihrer Unterstützung geschehen. Uns scheint auch, daß Reich und Staat nicht umhin können, sich der Lage anzunehmen, haben sie doch für sie immer noch ihr Leben eingesetzt, so daß es nicht unbillig ist, wenn verlangt wird, daß nun umgehend auch für sie georgt und ihnen so viel gegeben wird, daß sie ihr Leben fröhlich führen können.

— Bevölkerungsbewegung. Nach Mitteilung des Statistikers Amts der Stadt Magdeburg betrug in der Woche vom 1. April bis 7. April die Zahl der Geburten 57; der Lebendgeborenen (Korrekturen) 37 männliche, 29 weibliche, zusammen 66; der Gestorbenen 63 männliche, 37 weibliche, zusammen 100 (Korrekturen 63 männliche, 39 weibliche, zusammen 102); darunter Kinder im 1. Lebensjahr 9 männliche, 5 weibliche, zusammen 14 (Korrekturen 6 männliche, 5 weibliche, zusammen 11); die Zahl der gemeldeten Infektionskrankheiten, und zwar Scharlach 8 (davon — auswärts), Typhus und Krupp 25 (— auswärts 8) (davon —), Rindviehruhr — (—), Gendarmen — (—).

— Eine wenig freundliche Annahme, so wird uns aus einem Kaffeehaus geschrieben, fanden am letzten Sonntag nachmittags Schwärmer und Schwärmer eines hiesigen Kaffeehauses, die der erste ihrer Art in der Stadt Magdeburg sind. Die Schwärmer sind in der Stadt Magdeburg sehr beliebt. Die Schwärmer sind in der Stadt Magdeburg sehr beliebt. Die Schwärmer sind in der Stadt Magdeburg sehr beliebt.

— Unterschlagung. Am 10. d. M. hat ein junges Mädchen einen Koffer mit einem Betrag von 1000 Mark unterschlagen. Das Mädchen wurde am 14. d. M. durch einen jungen unbekannten Mann wieder erwischt und der Instrumentenhandlung übergeben. —

— Gemischte Diebe. Am 14. d. M. wurden auf dem Gubenburger Markt zwei kleine Koffer mit einem Betrag von 1000 Mark unterschlagen. Die Diebe wurden am 14. d. M. durch einen jungen unbekannten Mann wieder erwischt und der Instrumentenhandlung übergeben. —



**„Himbeereis“.** Die hiesige Geschäftsinhaberin Ida Ergelen verkaufte im Januar und Februar dieses Jahres aus Zuder, Essenz und Ackerbohnen hergestelltes, ganz minderwertiges Speiseeis als „Himbeereis“. Sie wurde vom Schöffengericht wegen Vergehen gegen das Nahrungsmittelgesetz in Katenheit mit Vergehen gegen die Bundesratsverordnung vom 26. Juli 1916 zu einer Woche Gefängnis verurteilt.

**Schleichhandel mit Fleisch.** Der Handelsmann Robert Göttsche, dessen Ehefrau und der Gehilfen Ludwig Meindl von hier verurteilt wurden, gegen die Bekanntmachungen des Magistrats vom 31. Mai, 29. August, 2. und 18. September 1916, daß die Eheleute Göttsche an Meindl größere Mengen Schweinefleisch und Kalbfleisch ohne Fleischkarte veräußerten und dabei im November und Dezember 1916 die festgesetzten Höchstpreise überschritten. Das hiesige Schöffengericht verurteilte den Ehepaar Göttsche und Meindl zu je 120 Mark Geldstrafe evtl. 24 Tagen Gefängnis, sprach dagegen die Ehefrau Göttsche frei.

### Theater, Konzerte etc.

#### Mitteilungen der Direktionen.

**Städtisches Orchester.** Mittwoch, 18. April, vorm. 11 Uhr, Hauptprobe; abends 7 Uhr Konzert (4 B) im Stadttheater. Solistin: R. S. Elisabeth von Ceder. Einf. Nr. 5 v. Beethoven. Str. 6. Feinrichshofen u. a. d. Theaterkasse.

**Rirkus Blumenfeld.** Heute Mittwoch 3/4 Uhr vorletzte Schiller- und Familienvorstellung zu ganz kleinen Preisen. In dieser Vorstell. ausnahmsweise „Puppen“, das Operettenspieler. Abends 7/8 Uhr Hauptvorstellung.

**Deutscher Musikklub.** Der Vortrag von Frau Dr. Böcker (Berlin) findet nicht Dienstag den 17. d. M., sondern Mittwoch den 25. d. M. im Prunksaal des Cafes Hohenzollern statt. — 568

**Der Luthervortrag heute in der Ulrichskirche** kann wegen Zugveränderung erst um 7/8 Uhr beginnen. — 4296

### Aus der Parteibewegung.

#### Der Spaltungskongress.

Ueber die Besichtigung der Spaltungskongress, die vom 6. bis 8. April tagte, meldet der „Sozialer Generalanzeiger“ folgende Angaben:

Anwesend waren 143 Teilnehmer. Davon waren 124 von Wahlkreisen delegiert, dazu kommen 15 Reichstagsabgeordnete und vier sonstige Teilnehmer (Frau Sieb, Kausch, Däumig und Schubert). 81 Wahlkreise haben Delegierte entsandt, darunter

Oldenburg . . . . .	3	Delegierte aus 2 Wahlkreisen
Westpreußen . . . . .	1	„ „ 2 „
Groß-Berlin . . . . .	23	„ „ 8 „
Brandenburg . . . . .	2	„ „ 2 „
Pommern . . . . .	2	„ „ 1 „
Schlesien . . . . .	2	„ „ 2 „
Magdeburg . . . . .	3	„ „ 1 „
Salle . . . . .	6	„ „ 6 „
Erfurt . . . . .	4	„ „ 2 „

Dazu kommen aus Groß-Thüringen 11 Delegierte zusammen aus 10 Wahlkreisen, Schleswig-Holstein 9 Delegierte, darunter aus Hamburg 5 (?) zusammen 6 Wahlkreise,

Westfalen . . . . .	2	Delegierte aus 2 Wahlkreisen
Westfalen-Nassau . . . . .	8	„ „ 11 „
Ob- u. Niederrhein . . . . .	7	„ „ 7 „
Hannover . . . . .	1	„ „ 1 „
Bayern . . . . .	4	„ „ 4 „
Bürttemberg . . . . .	3	„ „ 3 „
Hessen . . . . .	4	„ „ 4 „
Rhein . . . . .	3	„ „ 2 „
Sachsen . . . . .	17	„ „ 10 „
Braunschweig . . . . .	5	„ „ 3 „
Bremen (Nordwestdeutschland) . . . . .	4	„ „ 2 „

Trotz aller Bemühungen hat es die Opposition also nicht erreicht, daß noch nicht ein Viertel sämtlicher Reichstagswahlkreise vertreten war. Selbst wenn man nur die Kreise betrachtet, in denen nennenswerte sozialdemokratische Organisationen bestehen, so hat sich nur ein kleiner Teil von diesen vertreten lassen. Wer selbst das Resultat aus 71 Wahlkreisen, die Delegierte entsandt haben sollen, ist nur trügerischer Schein. In vielen, ja wohl den meisten dieser Wahlkreise sind es nicht die bestehenden Organisationen, welche Delegierte entsandt haben, sondern nur kleine abgesplitterte Gruppen. Weiß man doch z. B. aus Lübeck, daß die Opposition selbst dort, wo sie gar keinen organisierten Anhang besitzt, einzelne Personen aufgeföhrt hat, als „Delegierte des Kreises“ zu erscheinen. Bei diesem geringen Bemühen um zahlreiche Vertretungen ist das Resultat für die Opposition äußerst mäßig. Besonders auffallen muß es, wenn von ganz Brandenburg sich nur zwei, von ganz Pommern einer, von ganz Schlesien zwei, von Hannover einer, ja selbst von dem industriestarken Westfalen auch nur zwei Wahlkreise sich haben „vertreten“ lassen.

Den Vorsitz führte Wilhelm Sod, und die „Leipziger Volkszeitung“ vergibt nicht zu erwähnen, daß der 42-jährige Sod vor 42 Jahren im selben Götze dem Einigungs-kongress der deutschen Sozialdemokraten präsidierte. Jetzt hat sich die Konferenz geleitet, auf der die 42 Jahre lang erhaltene Einigkeit der deutschen Arbeiterbewegung wieder in Stücke geschlagen wurde. Man muß sehr hart von Parteitag geurteilt sein, um hierin einen Entschlüssenstreich zu sehen.

Die Konstituierung der neuen unabhängigen sozialdemokratischen Partei“ betrie aus einem Zentralkomitee und einem Vizepräsidenten. Dem Zentralkomitee gehören danach an: Wilhelm Dammann, Hugo Seale, Adolf Hefer, Gustav Kaufmann, Georg Ledebur, Max Wenzel und Karl Sieg. Den Vizepräsidenten: Robert Dymann (Frankfurt a. M.), Paul Dammann (Hamburg), Hermann Meißner (Dresden), Emil Weiss (Kiel), Alfred Hents (Bremen), Georg Corser (Stettin), Fritz Schnellbacher (Darmstadt).

Die sozialdemokratische Presse Rußlands. In den größten Städten Rußlands werden nunmehr sozialdemokratische Lesungen im Überflusse abgehalten. In Petersburg erschienen am Sonntag den 17. März die erste Nummer des sozialdemokratischen „Wochenblattes“ „Die Arbeiter“, das vom Zentral-Komitee der Sozialdemokraten herausgegeben wird. Aus die Wochenschrift in Petersburg lassen eine Zeitung „Arbeiterstimme“ heraus. Das Wochenschrift enthalten, und es besteht zugleich eine Zusammenkunft zwischen den beiden Parteien, die ihre Fortschritt im selben Geiste haben.

Die finnische Presse und Arbeiterbewegung. Der vom „Sozialdemokraten“ in Christiania nach Helsinki gegründete Korrespondent meldet über die Folgen der russischen Revolution in Finnland: Die finnische Arbeiterbewegung hat durch die Revolution einen mächtigen Aufschwung zur Arbeiterbildung erhalten. Das Hauptorgan der Partei „Arbeiterstimme“ (Der Arbeiter), das seit einer Reihe von Jahren west-

verbreitete größte Blatt des Landes, erhöhte innerhalb 5 Tagen seine Auflage von 45 000 auf 62 000. In ähnlicher Weise betrug sich der Zustuß zu den gewerkschaftlichen Organisationen, die übrigens sowie die der Partei, während des Krieges erheblich zugenommen haben. Die Organisierten wollen nicht länger mit den unorganisierten zusammen arbeiten. Dies sowie manches andre dürfte wohl die rasche Zunahme der Mitgliedszahl hervorgerufen haben, die so groß ist, daß man in mehreren Gewerkschaften, wie z. B. in den Metall-, Holzarbeiter- und Schriftsetzerverbänden, die nötige Anzahl von Mitgliedsbüchern nicht schnell genug gedruckt bekommen kann.

### Gerichts-Zeitung.

#### Gewerbegericht Magdeburg.

Was man schwarz auf weiß besitzt. Hotelier Oppermann hier hatte im Jahre 1914 einen Kochlehrling zum 15. März vertraglich angenommen. Die Lehre wurde aber auf Wunsch O.s erst am 5. Mai angetreten und sollte 3 Jahre dauern. Nach dem Wortlaut des Vertrags war sie also am 15. März 1917 beendet. Der Lehrling verließ auch an diesem Tage gegen den Willen des Lehrherrn die Lehrstelle. O. verlangt nun Fortsetzung des Lehrverhältnisses bis zum 5. Mai dieses Jahres. Das Gericht war jedoch der Meinung, daß der Lehrvertrag bindend ist. Daran ändere auch der Umstand nichts, daß das Lehrverhältnis auf Wunsch des Klägers aus Geldmangel später begann. Die Klage wurde deshalb auf Kosten des Klägers abgewiesen.

Große Fahrlässigkeit. Die Firma Ergang hatte von ihrem Lieferanten ein Faß Bohrer bezogen und daselbe angeblich nach Vorschrift verbolten lassen. Das Faß war aber trotz Verbolung so ähnd, daß die Bohrer sich die Finger verbrannten. Dessenungeachtet ließ die Firma das Faß weiterverbrauchen. Der Arbeiter E. verbrannte sich aber die Finger dermaßen, daß er erwerbsunfähig wurde und nach Abzug der Krankenunterstützung einen Lohnausfall in Höhe von 35,50 Mark erlitt. Für diesen Schaden macht er die Firma haftpflichtig. Der Vertreter der Firma lehnte einen Vergleich ab, obwohl er zugeben mußte, daß ihm die schädlichen Wirkungen des Faßes bekannt waren. Unter Bezugnahme auf § 618 des Bürgerlichen Gesetzbuchs wurde die Beklagte zur Zahlung der geforderten Summe nebst Kosten verurteilt.

### Kleine Chronik.

#### Schneesturm im Riesengebirge.

Bei heftigen Westwinden fiel einem Telegramm aus Hirschberg zufolge seit Montag nacht im Gebiet des ganzen Riesengebirges sehr ergiebiger Regen. Die tiefer gelegenen Wiesen am Bober und Jadenfall sind unter Wasser gesetzt. Seit Montag mittag herrscht heftiger Schneesturm.

#### Blutnat in Berlin.

In der Giesener Straße in Berlin ist der Pförtner Köppen von einem Witzfeldwibel, den er mit nach seiner Wohnung genommen hatte, in der Nacht zum Montag aus bisher unbekanntem Grund durch vier Leichteimer verlegt worden, an deren Folgen K. gestorben ist. Der Witzfeldwibel ist in einem Lazarett verhaftet worden. Er gab an, wahrscheinlich in einem Anfall heftigen Blutrausches gehandelt und sich hierbei auch selbst einige Dolchstiche verlegt zu haben. Tatsache ist, daß der Verhaftete bei den Vorgängen in der Giesener Straße verlegt wurde, und diese Verwundung hat auch zu seiner Verhaftung geführt.

#### Hier Arbeiterinnen verhaftet.

In Duisburg wurden vier Arbeiterinnen der Aktiengesellschaft für Hüttenbetrieb, die auf dem Schlackenberg mit Einammeln von Eisen beschäftigt waren, mit dem glühenden Inhalt einer sogenannten Pfanne überschüttet. Drei von ihnen verbrannten bis zur Unkenntlichkeit, während die vierte im Krankenhaus ihren schweren Verletzungen erlag.

#### Eine verunglückte Samstagsfahrt.

Auf der Straße nach Mosbach hatte dieser Tage ein Automobil einen Zusammenstoß mit einem Fuhrwerk aus Dautzenzell. Das Automobil fuhr, ohne sich um das stark beschädigte Fuhrwerk und seinen Führer zu kümmern, im Eiltempo weiter, mußte dann aber in Alalshausen haltmachen, da der Führer bedrängt war. Die Insassen von dem Fuhrwerk verhandigte Gendarmen war rasch zur Stelle und ermittelte, daß das Automobil folgende Waren mit sich führte: 30 Pfund Weisbrot, 30 Pfund Braumehl, 25 Eier, 4 Pfund Butter, 1 Zentner Erbsen und über 1 Zentner Kartoffeln.

#### Bootsunglück bei Gzentschau.

Wenn Ueberfahren über die Dignaria Lemere in der Gemeinde Litz bei Gzentschau ein Boot. Die Insassen, fünf Mädchen im Alter von 13 bis 15 Jahren, sind ertrunken.

#### Ein gewissenloser Dienstherr.

Der Gutsbesitzer Ernst Dörner in Weigelshausen bei Reichendach in Schießen ist vom Landgericht Savelburg am 26. Januar wegen Stillschleppens nach § 173 B. (Mißbrauch mit Kindern unter 14 Jahren) und Verführung eines unbescholtene Mädchens unter 19 Jahren zu der milden Strafe von 1 Jahr Gefängnis verurteilt worden. Die am 8. August 1911 geborene Martha L. war am 1. April 1915 bei ihm als Dienstmädchen in Stellung getreten und verließ dort bis 1. April 1916. Ende Juli 1915 hat der Angeklagte das bis dahin unbescholtene Mädchen nach einem zunächst erfolglos gebliebenen Versuch verführt, wobei er ganz genau wußte, daß die L. noch nicht ganz 14 Jahre alt war. Er hat dann später noch öfter mit ihr verkehrt. Im September 1916 hat das Mädchen ein Kind geboren. Strafentwurf wegen Verführung hat der Vater der L. nachgefordert, als er aus dem Gefängnis auf Urlaub kam und von dem Gerichtshofen Kenntnis erhielt. In seiner Revision wendet der Angeklagte darzutun, daß er wegen Verführung nicht zum Verurteil werden könne, da offenbar diese Strafe nur an Mädchen über 14 Jahre fassungen werden könne und verleiht eine unrichtige Annahme ist. Das Vergehensgericht verworft die Revision als unbegründet.

#### Der Brünner Diogenes gestorben.

Vor einigen Tagen wurde in Brunn der tschechische Schriftsteller Janusz Samajal von der Elektrizität überfahren und getötet. Ein merkwürdiger Mensch ist mit Samajal aus dem Leben geschieden. Samajal wurde im Jahre 1841 geboren und ist also 76 Jahre alt geworden. Er war gewissermaßen ein Sonderling, wenn ein Mensch, der den anderen keine Konzeptionen machte, für sich lebte und dabei für seine Leistungen nach Jahren anerkannt, aber so schlecht bezahlt wurde, daß er zu hungern mußte, während die Nutznieher seiner Arbeit verdurben. Am Gymnasium gehörte er zu den besten Schülern. Er arbeitete fortwährend an seiner Genialität, lernte Sprachen, so daß er nicht weniger als acht und zwanzig Sprachen — auch Türkisch, Portugiesisch, Albanisch, Griechisch — beherrschte sowie die jüdischen Sprachen und andere — beherrschte überfeste aus allen möglichen Literaturen ins Deutsche, übersetzte Stützen für politische Zeitungen und Abhandlungen für deutsche und französische politische Zeitschriften. Eine Zeitschrift gab er auch eine eigene Zeitung heraus. „Soziale Lüge“ (Sozialer Blätter), aber sein Werk verdiente er fast drei Jahrzehnte lang als Korrektor in einer Buchdruckerei. Demnach gab er kleine Büchlein zur Einführung in fremde Sprachen heraus, die

namentlich vielen Lehrern, die in fremde Länder, ganz besonders auch solchen, die in das deutsche Sprachgebiet wisten, die Anfangsbegriffe der fremden Sprachen beibrachten. Auch in deutscher Sprache gab er ein solches Büchlein zur schnellen Erlernung der tschechischen Sprache heraus. Einige seiner Sprachbücher, die meist in der Form von Gesprächen gehalten waren, wurden im Krieg verboten, und gerade an seinem Todestag brachten die Zeitungen die Nachricht, daß sein Lehrbuch der deutschen Sprache — Gespräche zwischen einem Deutschen und einem Tschechen — verboten wurde. Seine philologischen Abhandlungen, namentlich über slavische Sprachen, wurden auch von gelehrten Philologen anerkannt. Außer seinen Sprachbüchern, die zehnjährige Leser fanden, fanden auch seine philologischen Aphorismen weite Verbreitung. Namentlich seine vier Bändchen Aphorismen „Prima“ (Nörchen), die er gesammelt herausgab, zeigten den „Sonderling“ als ersten Satiriker, der auch nur Sprachschmager seiner Landsleute, sondern auch ihre patriotische Heuchelei geißelte. Er lebte geradezu als Einsiedler, mied allen Verkehr, sah nur Stundenlang in einer Kaffeehausdecke und studierte und schrieb. Seit einem Jahrzehnt wurde sein Augenlicht immer schlechter, so daß er fast erblindete. Trotzdem gab er noch als Siebzighjähriger das letzte vier Bändchen seiner Aphorismen heraus. Am Freitag ging der halbblinde „Diogenes“, wie man ihn nannte, im Regenwetter aus und lief gerade in eine elektrische Säule.

#### Der Erntekreislauf.

In der Erntearbeit der Welt herrscht vom 1. Januar bis zu Silvester keine Ruhepause. Argentinien und Neuseeland ernten im Januar, Ostindien und Ägypten im Februar und März. Im April ist die Reihe an Indien, Kleinasien und Kuba, während im Mai in China und Japan die Erntearbeiten stattfinden. Die Türkei, Spanien, Griechenland, Südamerika und die Südstaaten Amerikas bringen die reife Frucht im Juni ein, die amerikanischen Nordstaaten, ebenso wie Oesterreich, Deutschland und bestimmte Teile Rußlands im Juli, England erntet den Monat August der Einbringung des Ernteflegens, Schweden und Norwegen den September und Oktober. Im November und Dezember endlich beschäftigt man sich in Südamerika und Peru mit der Erntearbeit.

### Eingegangene Druckschriften.

Nach verlagte Abhandlungen werden nicht zurückgeschickt. Besprechungen vorbehalten. Alle hier angeführten Bücher und Schriften sind auch durch die Buchhandlung der „Volksstimme“ und deren Filialvertriebe zu beziehen.

Die Meßendorfer-Blätter, farbige illustrierte Zeitschrift für Humor und Kunst, haben sich ihren guten Ruf auch während der Kriegszeit zu erhalten und ihn zu befestigen gewußt. Das beweist um so größere Würdigung, als die Stimmung, die der Krieg auslöst, der Pflege des Humors nicht gerade günstig ist. Die Zeitschrift erscheint im Verlag von J. F. Schneider, Münchener, Perusstraße 5, und kostet im Abonnement vierteljährlich 3 Mark.

Das soeben im Verlag von E. E. Meinhof & Söhne in Dresden erschienene Buch Erste Hilfe von Sanitätsrat Doktor P. P. P. Dresden (Preis 2 Mark), enthält eine kurz gefaßte und doch erschöpfende Anleitung zur Ausübung der ersten Hilfeleistungen bei Unfällen und plötzlichen Erkrankungen.

Hans Besser, Natur- und Jagdstudien in Deutsch-Ostafrika. Stuttgart, Kosmos, Gesellschaft der Naturfreunde. Geschäftsstelle: Französische Verlagsbuchhandlung, Stuttgart. Geb. 1 Mark, gebunden 1,80 Mark.

Von der innern deutschen Front von Karl Barsen, Kopenhagen. Erich Reif Verlag Berlin W, Wichmannstraße 10. 8. Auflage. Preis geb. 1 Mark, fest 1,50 Mark.

### Briefkasten.

Weymann B. Die Zeitungen werden regelmäßig jeden Tag abgeholt. In der unangenehmen Zustellung hat der Verlag keine Schuld.

Landsturmman R. G. 106. Einen solchen Beschäftig hat der Reichstag nicht gefaßt. Vom Kriegsmünster war man beschuldigt worden, daß die über 45 Jahre alten Mannschaften, formell die Befähigung gekostet, nicht darauf aus der Front sein sollen.

A. Egerleben. Wahlberechtigt sind bei Wahlen der Arbeiterausschüsse des Gießenervereins alle männlichen und weiblichen über 21 Jahre alten Personen.

B. J. in Z. Die Schwere des Sieh beim Klagen.

Abteufeln. Den Abteufeln müssen Sie vom Unternehmer fordern, er wird erreicht, wenn Sie nachweisen, daß Sie in einem andern Betrieb einen weitlich höheren Lohn verdienen.

Seendorf 506. Bis zum 15. März.

M. J. B. Den Kontrakt können Sie nicht ohne weiteres lösen. Sie müssen beim Schiedsgericht der Väterung auf Aufhebung des Kontraktes klagen.

Dr. Wernigerode. Die Bestimmungen über Gutsverpachtungen sind nicht in allen Kreisen gleich, so daß wir nicht nachprüfen können, ob die Entscheidung der Finanzämter für die angegebene Zeit berechnigt ist. Das zu befragende 1 Pfund pro Kopf und Woche bezieht sich auf das gesamte Gewicht.

D. Olenstedt. Die gekaufte getragene Kleidung wird von der Stadt beschlagnahmt. Abwärts erlassen Sie bei der städtischen Bekleidungsstelle Magdeburg.

### Wasserstände.

	+ bedeutet über. — unter Null.			
Milde.				
Bäben . . . . .	16. April + 0,74	17. April + 1,08	—	0,36
Stark.				
Stollitz . . . . .	16. April + 1,90	17. April + 2,52	—	0,62
Tröbte . . . . .	„ „ + 2,74	„ „ + 2,92	—	0,18
Leipzig Unt. . . . .	„ „ + 2,01	„ „ + 2,08	—	0,07
Leipzig Oberpegel . . . . .	„ „ + 1,88	„ „ + 1,88	0,00	—
Leipzig Unterpegel . . . . .	„ „ + 2,05	„ „ + 2,00	0,05	—
Leipzig . . . . .	„ „ + 2,15	„ „ + 2,10	0,05	—
Eis.				
Brandenburg . . . . .	15. April + 1,55	16. April + 1,08	0,28	—
Brandenburg . . . . .	„ „ + 2,22	„ „ + 2,18	0,04	—
Brandenburg . . . . .	„ „ + 2,17	„ „ + 2,15	0,12	—
Brandenburg . . . . .	16. „ + 2,08	17. „ + 2,54	—	0,45
Brandenburg . . . . .	„ „ + 1,76	„ „ + 1,35	—	0,39
Brandenburg . . . . .	„ „ + 2,06	„ „ + 2,06	—	0,01
Brandenburg . . . . .	„ „ + 2,05	„ „ + 2,05	0,00	—
Brandenburg . . . . .	„ „ + 2,12	„ „ + 2,06	0,14	—
Brandenburg . . . . .	15. „ + 2,10	16. „ + 2,10	0,21	—
Brandenburg . . . . .	„ „ + 2,10	„ „ + 2,10	0,21	—
Brandenburg . . . . .	„ „ + 2,10	„ „ + 2,10	0,21	—
Brandenburg . . . . .	„ „ + 2,10	„ „ + 2,10	0,21	—
Brandenburg . . . . .	15. „ + 2,10	16. „ + 2,10	0,21	—
Brandenburg . . . . .	„ „ + 2,10	„ „ + 2,10	0,21	—
Brandenburg . . . . .	„ „ + 2,10	„ „ + 2,10	0,21	—
Brandenburg . . . . .	„ „ + 2,10	„ „ + 2,10	0,21	—
Brandenburg . . . . .	15. „ + 2,10	16. „ + 2,10	0,21	—
Brandenburg . . . . .	„ „ + 2,10	„ „ + 2,10	0,21	—
Brandenburg . . . . .	„ „ + 2,10	„ „ + 2,10	0,21	—
Brandenburg . . . . .	„ „ + 2,10	„ „ + 2,10	0,21	—
Brandenburg . . . . .	15. „ + 2,10	16. „ + 2,10	0,21	—
Brandenburg . . . . .	„ „ + 2,10	„ „ + 2,10	0,21	—
Brandenburg . . . . .	„ „ + 2,10	„ „ + 2,10	0,21	—
Brandenburg . . . . .	„ „ + 2,10	„ „ + 2,10	0,21	—
Brandenburg . . . . .	15. „ + 2,10	16. „ + 2,10	0,21	—
Brandenburg . . . . .	„ „ + 2,10	„ „ + 2,10	0,21	—
Brandenburg . . . . .	„ „ + 2,10	„ „ + 2,10	0,21	—
Brandenburg . . . . .	„ „ + 2,10	„ „ + 2,10	0,21	—
Brandenburg . . . . .	15. „ + 2,10	16. „ + 2,10	0,21	—
Brandenburg . . . . .	„ „ + 2,10	„ „ + 2,10	0,21	—
Brandenburg . . . . .	„ „ + 2,10	„ „ + 2,10	0,21	—
Brandenburg . . . . .	„ „ + 2,10	„ „ + 2,10	0,21	—
Brandenburg . . . . .	15. „ + 2,10	16. „ + 2,10	0,21	—
Brandenburg . . . . .	„ „ + 2,10	„ „ + 2,10	0,21	—
Brandenburg . . . . .	„ „ + 2,10	„ „ + 2,10	0,21	—
Brandenburg . . . . .	„ „ + 2,10	„ „ + 2,10	0,21	—
Brandenburg . . . . .	15. „ + 2,10	16. „ + 2,10	0,21	—
Brandenburg . . . . .	„ „ + 2,10	„ „ + 2,10	0,21	—
Brandenburg . . . . .	„ „ + 2,10	„ „ + 2,10	0,21	—
Brandenburg . . . . .	„ „ + 2,10	„ „ + 2,10	0,21	—
Brandenburg . . . . .	15. „ + 2,10	16. „ + 2,10	0,21	—
Brandenburg . . . . .	„ „ + 2,10	„ „ + 2,10	0,21	—
Brandenburg . . . . .	„ „ + 2,10	„ „ + 2,10	0,21	—
Brandenburg . . . . .	„ „ + 2,10	„ „ + 2,10	0,21	—
Brandenburg . . . . .	15. „ + 2,10	16. „ + 2,10	0,21	—
Brandenburg . . . . .	„ „ + 2,10	„ „ + 2,10	0,21	—
Brandenburg . . . . .	„ „ + 2,10	„ „ + 2,10	0,21	—
Brandenburg . . . . .	„ „ + 2,10	„ „ + 2,10	0,21	—
Brandenburg . . . . .	15. „ + 2,10	16. „ + 2,10	0,21	—
Brandenburg . . . . .	„ „ + 2,10	„ „ + 2,10	0,21	—
Brandenburg . . . . .	„ „ + 2,10	„ „ + 2,10	0,21	—
Brandenburg . . . . .	„ „ + 2,10	„ „ + 2,10	0,21	—
Brandenburg . . . . .	15. „ + 2,10	16. „ + 2,10	0,21	—
Brandenburg . . . . .	„ „ + 2,10	„ „ + 2,10	0,21	—
Brandenburg . . . . .	„ „ + 2,10	„ „ + 2,10	0,21	—
Brandenburg . . . . .	„ „ + 2,10	„ „ + 2,10	0,21	—
Brandenburg . . . . .	15. „ + 2,10	16. „ + 2,10	0,21	—
Brandenburg . . . . .	„ „ + 2,10	„ „ + 2,10	0,21	—
Brandenburg . . . . .	„ „ + 2,10	„ „ + 2,10	0,21	—
Brandenburg . . . . .	„ „ + 2,10	„ „ + 2,10	0,21	—
Brandenburg . . . . .	15. „ + 2,10	16. „ + 2,10	0,21	—
Brandenburg . . . . .	„ „ + 2,10	„ „ + 2,10	0,21	—
Brandenburg . . . . .	„ „ + 2,10	„ „ + 2,10	0,21	—
Brandenburg . . . . .	„ „ + 2,10	„ „ + 2,10	0,21	—
Brandenburg . . . . .	15. „ + 2,10	16. „ + 2,10	0,21	—
Brandenburg . . . . .	„ „ + 2,10	„ „ + 2,10	0,21	—
Brandenburg . . . . .	„ „ + 2,10	„ „ + 2,10	0,21	—
Brandenburg . . . . .	„ „ + 2,10	„ „ + 2,10	0,21	—
Brandenburg . . . . .	15. „ + 2,10	16. „ + 2,10	0,21	—
Brandenburg . . . . .	„ „ + 2,10	„ „ + 2,10	0,21	—
Brandenburg . . . . .	„ „ + 2,10	„ „ + 2,10	0,21	—
Brandenburg . . . . .	„ „ + 2,10	„ „ + 2,10	0,21	—
Brandenburg . . . . .	15. „ + 2,10	16. „ + 2,10	0,21	—
Brandenburg . . . . .	„ „ + 2,10	„ „ + 2,10	0,21	—
Brandenburg . . . . .	„ „ + 2,10	„ „ + 2,10	0,21	—
Brandenburg . . . . .	„ „ + 2,10	„ „ + 2,10	0,21	—
Brandenburg . . . . .	15. „ + 2,10	16. „ + 2,10	0,21	—
Brandenburg . . . . .	„ „ + 2,10	„ „ + 2,10	0,21	—
Brandenburg . . . . .	„ „ + 2,10	„ „ + 2,10	0,21	—
Brandenburg . . . . .	„ „ + 2,10	„ „ + 2,10	0,21	—
Brandenburg . . . . .	15. „ + 2,10	16. „ + 2,10	0,21	—
Brandenburg . . . . .	„ „ + 2,10	„ „ + 2,10	0,21	—
Brandenburg . . . . .	„ „ + 2,10	„ „ + 2,10	0,21	—
Brandenburg . . . . .	„ „ + 2,10	„ „ + 2,10	0,21	—
Brandenburg . . . . .</				



